

Für Rätemacht und Revolution!

KLASSENKAMPF

Nummer 45 | Februar 2022 | 2,-

Zeitung der Gruppe Klassenkampf, öst. Sektion des Kollektivs permanente Revolution

DIE VOLKSPARTEI UND IHRE VORFAHREN

t-Blau hat bestimmt.
s Volk wird entscheiden.

Unser Weg hat erst begonnen.

www.sebastian-kurz.at

Hinein in die vaterländische Front!

Engelbert Dollfuß, 1932-1934 Bundeskanzler und Arbeitermörder
Leopold Figl, 1945-1953 Bundeskanzler, Offizier der austrofaschistischen Vaterländischen Sturmsharen
Julius Raab, 1953-1961 Bundeskanzler, Antisemit und Heimwehrführer

DOSSIER: 12. Februar 1934

Am 12. Februar 1934 erhoben sich Teile der österreichischen Arbeiter*innenklasse, um dem Vormarsch des Faschismus bewaffnet Widerstand zu leisten. Warum ihr heldenhafter Kampf scheiterte und was wir daraus lernen können.

Seite 6

Nostalgie im Texingtal

Verschämt versteckt die ÖVP ihre Dollfusreliquien. Überall? Nein, in einem kleinen, von unbeugsamen Texingtalern bewohnten Dorf macht man dem kleinwüchsigen Diktator tapfer die Mauer. Wer ist Häuptling Karnerix?

Seite 4

Kasachstan: Massenprotest mit proletarischen Wurzeln

Die Massenproteste in Kasachstan vom Jänner des Jahres fielen nicht unerwartet vom Himmel. Bereits in den Jahren zuvor gab es massive Bewegungen der Arbeiter*innen.

Seite 15

GRUPPE
Für Rätemacht
und Revolution
KLASSENKAMPF

ISSN: 2220-0657



9 772220 065718

FPÖ und Faschist*innen wollen die Straßen erobern

Die Lehren des 20. November 2021

Unter dem Deckmantel, gegen die Politik der Bundes- und Landesregierungen in Sachen COVID zu demonstrieren, folgten am 20. November 2021 in Wien geschätzt 40.000 Menschen dem Aufruf der FPÖ zu einer „Großdemonstration“. In Linz folgten rund 4.000 und in anderen Städten ebenfalls mehrere tausend Menschen den Aufrufen von FPÖ, MFG und anderen rechtslastigen „Initiativen“.

Unter dem Deckmantel, gegen die Politik der Bundes- und Landesregierungen in Sachen COVID zu demonstrieren, folgten am 20. November 2021 in Wien geschätzt 40.000 Menschen dem Aufruf der FPÖ zu einer „Großdemonstration“. In Linz folgten rund 4.000 und in anderen Städten ebenfalls mehrere tausend Menschen den Aufrufen von FPÖ, MFG und anderen rechtslastigen „Initiativen“.

Einen zusätzlichen drive erhielten das tags zuvor verkündete bundesweite Maßnahmenpaket: Lockdown ab 22.11.21, Impfpflicht ab Februar 2022.

Bei den früheren Mobilisierungen der Impfgegner*innen, Coronaleugner*innen und „besorgten Bürger*innen“ untermauerten selbsternannte „Linke“ argu-

ihr „Antifaschistisches Infoblatt“, die unter dem Namen „Volkswiderstand“ Seite an Seite mit den faschistischen Identitären demonstrierten. (Die AFA Wien ist eine mao-stalinistische Gruppierung und darf nicht mit der anarchistisch orientierten Autonomen Antifa verwechselt werden!). „Linke“ Intellektuelle wie der Verleger Hannes Hofbauer, Verfechter des „bedingungslosen Grundeinkommens“ wie Karl Reitter und Martin Birkner, die Universitätslektorin Andrea Komlosy und andere zeigten keinerlei Berührungängste und gingen gemeinsam mit der „Mitte der Gesellschaft“ auf die Straße.

Tatsächlich war das diffuse Milieu derer, die Corona nicht ernst nahmen („ei-

hoch in Kurs. Den Impfgegner*innen injizierten die Identitären eine gehörige Dosis Fremdenfeindlichkeit („der große Austausch! Hilfe“), verbrämten Antisemitismus („die Globalisten planen den großen Reset!“) und idiotischen Patriotismus (mit Rot-Weiß-Roten Fahnen ins Intensivbett, sozusagen).

Die verantwortungslose Politik der amtierenden türkis-grünen Bundesregierung, in Verbindung mit den bis vor kurzem verkündeten (Lügen-)Geschichten des Sebastian Kurz befeuerten das Misstrauen breiter Teile der Bevölkerung gegen „die Politik“. Erst dadurch wurde die Impfgegner*innenszene für die FPÖ interessant. Einen ersten Versuchsballon startete Herbert Kickl im Prater Mitte März 2021, als er vor tausenden „besorgten Bürger*innen“ seine Stimme erhob. Die Botschaft der flankierenden Identitären lautet Kurz Wegkickln“ und „Stoppt den Globalistendreck“. Da durfte auch Gottfried Küssel, ein wegen Wiederbetätigung verurteilter Nazi, nicht fehlen, der wohlgefällig grinsend unter den Zuschauer*innen in den vorderen Reihen stand.

Die FPÖ lieferte den teilweise bizarren und psychisch merkwürdigen „Führern“ der Coronaleugner wie Klauninger, Brejcha, Ehrlich und Ruttner ein konsistentes Argumentationsgerüst: Es gehe um die „Freiheit“, es gehe um den „Schutz der Verfassung“, es gehe um den „Volkswillen“. Diese Begründungen wurden von den erwähnten, miteinander konkurrierenden, Anführer*innen stetig wiederholt. Doch erst durch die Parlamentspartei, die in alle Bereiche des faschistoiden und faschistischen Spinnennetzes verästelt ist, hat dieses Leitmotiv an Gewicht gewonnen und wird zur zentralen Achse dieser „unheiligen“ Allianz.

Kickl bediente sich von Haus aus einer Rhetorik, die sich schwerstens an ein Milieu anlehnte, zu dem er erst relativ spät Kontakt geknüpft hatte: den deutschnationalen und faschistoiden

Das „Volk“ ist ein schwammiges Konstrukt, dessen Mitglieder immer wieder neu definiert und dem beliebig Eigenschaften zugeschrieben werden, in erster Linie, um dieses „Volk“ von anderen, vom „Fremden“, abzugrenzen.

mentativ, dass hier Menschen zu Recht über die autoritären Maßnahmen inklusive der Stärkung des „Überwachungsstaates“ besorgt seien, dass sie einfach fehlgeleitet seien und „die Menschen immer dort abzuholen sind, wo sie stehen“. Tatsächlich versuchten längst auch Organisationen, die sich selbst als revolutionär bezeichnen, in diese „Massenbewegung“ zu intervenieren. Am prononciertesten die RKOB, die sich mit ihrer internationalen Strömung zur Vorkämpferin gegen die „Corona-Diktatur“ stilisierte und offen reaktionäre „Argumente“ wie die Great Barrington-Erklärung übernahm. Dann Gruppen wie die „Antifaschistische Aktion Wien“ rund um

ne schlimmere Grippe“) oder die Pandemiebekämpfungen als Fontalangriff auf persönliche Bequemlichkeiten einstufen („I am not muzzled“), von Anfang an anfällig für alle Arten esoterischer und faschistischer Unterwanderung. Direkt nach der ersten Protestmärschen sprangen die Identitären mit ihren diversen Tarnorganisationen („Die Österreicher“, „info direkt“) auf den Coronaleugnerinnen-Zug auf. Wer seine eigene Existenz mit pseudowissenschaftlichen Theorien („Ethnopluralismus“) unterfüttert, kann sich in so einem Milieu gleich munter wie der Fisch im Wasser tummeln. Verschwörungstheorien stehen in Krisenzeiten immer

Burschenschaften. Er verwendete den Volks- und Freiheitsbegriff in einer Weise, die der verlogenen Selbstdarstellung der Burschenschaften als Motoren der bürgerlichen Revolution von 1848 entspricht. Gemeint ist eine rein individuelle Freiheit, die direkt im Gegensatz zu einem solidarischen Freiheitsbegriff steht. Das „Volk“ ist ein schwammiges Konstrukt, dessen Mitglieder immer wieder neu definiert und dem beliebig Eigenschaften zugeschrieben werden, in erster Linie, um dieses „Volk“ von anderen, vom „Fremden“, abzugrenzen.

Gerade die bürgerliche Politik kommt nicht ohne Emotionen und Ressentiments aus. Der Zeloteneifer, mit dem sich Kickl in die Coronaschlacht gegen seinen einstigen türkisen Regierungspartner stürzte, dürfte wohl auch damit zusammenhängen, dass der tiefe Absturz H.C. Straches auch zum tiefen Fall des „besten Innenministers“ Herbert Kickl wurde. Die Fundamentalopposition der FPÖ gegenüber dem heillos missratenen „Krisenmanagement“ der Regierung hat dadurch noch zusätzlich an giftiger Würze gewonnen.

Während sich die Türkisen unter der Ägide von Sebastian Kurz deutlich dem von Jörg Haider propagierten System der „3. Republik“ angenähert haben – hie das Volk, dort das Parlament; Konzentration der Macht in einer Hand (hie: bei Kurz); Zurückdrängen der Sozialpartnerschaft und klare Kante gegenüber allem, was auch nur im Entferntesten sozialistisch sein könnte, sah sich die FPÖ nach Ibiza plötzlich in die undankbare Rolle zurückgeworfen, als parlamentarische Opposition agieren zu müssen.

Hatte die Partei unter Strache noch geglaubt, im Bündnis mit den Türkisen die Republik umbauen zu können und einen deutlichen Schwenk Richtung eines autoritär(er)en Regimes mitmachen zu können, musste sie sich nach dem Ende der Koalition erst einmal neu sortieren. Noch dazu, da die Türkisen zügig daran gingen, die von der FPÖ(neu-)geschaffenen Bastionen im Innenressort direkt und sofort wieder in Beschlag zu nehmen.

Seit Ausbruch der Coronakrise hatte die FPÖ erneut die Chance, als Fundamentopposition zu agieren, indem sie selbst die insuffizienten, nur bedingt Expertenwissen fundierten Regierungsmaßnahmen frontal angriff, sogar öffentlich

karikierte (FPÖ-Parlamentarier ohne FFP3-Maske) wurde sie zum Treibmittel der Coronaleugner*innenbewegung.

Die ersten, teilweise schon recht starken Demonstrationen, wurden von der FPÖ offensichtlich genau beobachtet und analysiert. Sicherlich wolle Kickl sehen, wie eine dem türkisen Innenminister Karl Nehammer unterstellte Polizei auf den „Volksprotest“ reagierte. Immerhin stimmten bei den letzten Personal-



„Ganz normale Bürger“: So verkaufen die faschistoiden Parteien und Gruppen ihre Mobilisierungen vertreterwahlen knapp 23% der Polizist*innen für die freiheitliche Fraktion AUF.

Während die Polizei bei „linken“ Demonstrationen mit aller Härte vorging, Knüppel und Pfefferspray einsetzte, kesselte und Leute niederrannte, setzten die Einsatzkräfte bei den Coronaleugner*innen-Demos auf Deeskalierung. Bei Angriffen von Hooligans und Faschisten auf Journalist*innen, Antifaschist*innen oder einfach kritisch dreinschauende Passant*innen schauten die Exekutivkräfte gerne mal weg. Kein Wunder, dass Sprecher der „Bewegung“ wie Franz Rutter oder Alexander Ehrlich (ehrllich – welcher Honk nennt seine Bewegung wohl „Honk for Hope“?) immer wieder der Polizei für ihr „vorbildliches Verhalten“ dankte.

Von Demonstration zu Demonstration zeigte sich immer klarer, dass Martin Sellner (Identitäre) und Gottfried Küssel (Coronaquerfront), also Organisatoren mit klarem Bekenntnis zum Rechtspopulismus bzw. Faschismus (das Bild und die Linie der Bewegung prägten. Spätestens seit März 2021 also seit der ersten FPÖ-Kundgebung im Prater, gibt es keine Entschuldigung dafür, Seite an Seite mit

den Kickl-Mannen und faschistischen Banden und Hooligans zu demonstrieren.

Die vierte Welle, die sich schon vor dem Sommer, also dem schmähhlichen „Seitensprung“ Sebastian Kurz’, angekündigt hatte, wurde intensiv in allen Facetten in den Massenmedien diskutiert. Die Behauptung, es mangle an Information, ist für den Großteil der Ungeimpften oder gar aktiven Impfgegner nicht zutref-

end. Tatsächlich müssen wir feststellen: Abgesehen von wenigen wirklich Ängstlichen mischt sich bei den Impfgegner*innen religiöse oder esoterische Verblendung mit zutiefst reaktionären Verschwörungstheorien und/oder einem bodenlosen Egoismus, der das Eigenwohl über das der Allgemeinheit stellt.

Sorry – diese Leute lassen sich durch Vernunftargumente nirgends „abholen“ – das haben die offenen oder versteckten Faschist*innen schon gründlich erlernt.

Natürlich gibt es Menschen, die aus nachvollziehbaren Gründen bisher nicht geimpft sind: Da gibt es die Gruppe derer, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können und die Gruppe an Kleinkindern, für die es bis dato kein geeigneter Impfstoff vorhanden ist. Dann gibt es die Gruppe der sozial Benachteiligten: So gibt es sicher einen Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Bildungsgrad und ethnischer Herkunft.

Die Wiener Bezirke mit der schlechtesten Impfquote sind Favoriten (59,5%), Rudolfsheim und Brigittenau (beide 60,7%). Der Migrant*innen-Anteil beträgt in Rudolfsheim (53,7%), der Brigittenau (51,8%) und in Favoriten (50,5%). Zwar

hat die Stadt Wien relativ früh Impfinformationen in einigen Sprachen von Migrant*innen herausgegeben, allerdings fehlt es noch immer an migrantenspezifischen Informationen und Initiativen, z.B. Impfbussen, die flächendeckend und kontinuierlich in diese Bezirke fahren.

Genau hier hätte die Arbeiter*innenbewegung, hätten vor allem die Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen können und müssen um die Impfbereitschaft in der (lohnabhängigen) Bevölkerung zu erhöhen. Während die Gewerkschaften heute primär auf ihren Serviceseiten den Ungeimpften gute arbeitsrechtliche Tipps geben, hat eine breite Kampagne für das Impfen gefehlt. Es hat keine Kampagne für Impfungen am Arbeitsplatz gegeben. Es hat keine Initiative dafür gegeben, dass die Gewerkschaften eigene Impfbusse organisiert hätten, in der von gewerkschaftlich organisierten Fachkräften „fliegend“ Impfungen, z.B. auf Baustellen, in Einkaufszentren etc. angeboten worden wären. Es hätte hier einer breiten Aufklärung in den Sprachen der Arbeitsmigrant*innen und ihrer Familien bedurft – was gleichzeitig gezeigt hätte, dass Gewerkschaften tatsächlich Basisorganisationen der Lohnabhängigen sind. Aber offensichtlich wollte sich hier die Gewerkschaftsbürokratie wie bei vielen anderen Fragen nicht zu weit hervor wagen, um ja nicht auf das kritische Terrain der „Ausländer*innenpolitik“ zu geraten und letzten Endes eine politische Kampagne zu führen. Damit war den reaktionären Rattenfängern Tür und Tor geöffnet.

Genau das hat sich am 20.11.21 gezeigt. Stimmt – nicht jeder muss die Transparente der Identitären an der Spitze der Demonstration gesehen haben. Aber im gesamten Demonstrationszug wurden permanent Sprechchöre gegen die „Antifa“, gegen den „Globalistendreck“, gegen den „Great Reset“ geschrien. Natürlich ist nicht jeder, der die Impfung verflucht und seinen Protest in der Öffentlichkeit zeigen will, ein Nazi. Aber er macht sich willfährig zum Teil der reaktionären Manövriermasse. Wer mit Nazis und Faschisten nichts am Hut hat, aber gegen Lockdown und Impfpflicht ist, hätte zu diesem Zeitpunkt die Demonstration verlassen können. Offenbar ist das aber nicht geschehen.

Die Bedeutung des 20.11. liegt darin, dass es der FPÖ erstmals gelungen ist, in Wien mit logistischer Hilfe diverser faschistischen Gruppen eine veritable Massendemonstration auf die Beine zu bringen. Vermutlich ist die Zahl der Teilnehmer*innen nicht wesentlich geringer gewesen als die an den Maiaufmärschen der Wiener Sozialdemokratie.

Indem die FPÖ als Schirmorganisation über den diversen „patriotischen“ (=faschistischen und faschistoiden) Kräften fungiert hat sie deutlich an Selbstbewusstsein gewonnen. Klarerweise übertreiben deren faschistoide und faschistischen Einpeitscher die Stärke ihrer Mobilisierung und sprechen gar von 100.000 Teilnehmer*innen. In einer ersten Stellungnahme der FP-Spitze heißt es:

Auch FPÖ-Bundesparteiobmann Herbert Kickl und die gesamte FPÖ danken den mutigen Bürgern, die am Samstag an der Freiheits-Demonstration teilgenommen

haben. „Danke an die bis zu 100.000 Menschen! Das war ein unüberhörbares, aber gleichzeitig enorm diszipliniertes und völlig friedliches Zeichen des Freiheitswillens und des Widerstandes gegen diese türkisgrüne Corona-Diktatur und deren Zwangsmaßnahmen. Unser Widerstand gegen diese Maßnahmen von ÖVP und Grünen wird selbstverständlich auch in Zukunft fortgesetzt. Unser Dank gilt aber auch den Polizistinnen und Polizisten, die diese Veranstaltung so professionell, umsichtig und vorbildlich begleitet haben und damit die Wahrung unseres Grundrechts auf Versammlungsfreiheit möglich gemacht haben“, sagte Kickl.(<https://tinyurl.com/yypmyswd>)

Deutliche Worte, dass die „Freiheitsdemonstration“ auch zukünftig geplant sind, lassen aufhorchen. „Unser Widerstand geht weiter“ führt zur logischen Frage: Gegen was? Gegen Corona? Gegen das parlamentarische System? Gegen Migrant*innen? Gegen die Wissenschaft?

Die FPÖ lässt keinen Zweifel daran, dass sie sich verstärkt der außerparlamentarischen Mobilisierung zuwenden wird. Noch steht sie am Anfang, noch ist die FPÖ offenbar nicht fähig gewesen, dieses radikalisierte Potenzial dauerhaft in Partei- oder Vorfeldstrukturen einzubinden. Diese Aufgabe werden ziemlich sicher Burschenschaftler und Identitäre übernehmen. Damit erreichen die faschistoiden und faschistischen Kräfte in diesem Land eine neue Qualität. Die Arbeiter*innenorganisationen müssen wachsam und verteidigungsbereit sein!



InKARNERtion des austrofaschistischen Erbes der Volkspartei

Welcher Teufel mag wohl die Granden der niederösterreichischen Volkspartei geritten haben, als sie dem Kurz-Nachfolgekabinett ihren langjährigen Weggefährten Gerhard Karner als Innenminister verordneten? Eine Geste des Dankes für einen altgedienten Parteisoldaten, der seit 1995 im Dienste der rechten, also reaktionären Sache, treue Dienste geleistet hatte, un-

ter anderem als Pressesprecher des etwas ins Straucheln geratenen Ex-Innenministers Ernst Strasser? Das Kalkül, jemand in das strategisch wichtige Innenressort zu entsenden, der notfalls wie ein Pitbull zuschnappen kann? Oder Anerkennung für langjährige Traditionspflege im schönen Teasingtal, dort, wo die Wiege des austrofaschistischen Arbeitermörders

Dollfuß stand?

Egal – Gerhard Karner ist eine weitere Perle im Innenministerreigen der letzten fünf Jahre: Kickl, Peschorn, Nehammer.

Karner fielen gleich zu Beginn seiner Amtszeit mehrere Sünden der Vergangenheit auf den Kopf. Da war zunächst ein Interview im ORF-„Niederösterreich Journal“ vom 8. Juni 2007. In seiner damaligen Funktion als niederösterreichi-

scher ÖVP-Landesgeschäftsführer warf er der SPÖ vor, eine „Schmutzkübelkampagne“ gegen die ÖVP zu planen (das war lange, bevor das schöne Wort „Anpatzen“ erfunden wurde). Im Gespräch war unter anderem der amerikanische Politberater Greenberg, der die Demokratische Partei (USA) in Wahlkämpfen betreut und bei der SPÖ im Bundeswahlkampf tätig gewesen war. Karners Resümee: „Niederösterreich hat sich das nicht verdient, dass hier mit Beratern, mit Herren aus Amerika und Israel ein Schmutzkübel über das Land geworfen wird, dass das Klima hier bewusst vergiftet wird.“

Nun – wer die antisemitischen Traditionen der Christlichsozialen, also der Vorläuferin der ÖVP, kennt, vermutet hier wohl mit Fug und Recht, dass Karner in ausgetretenen Spuren wandelt.

Die zweite dunkle Gewitterwolke braute sich über dem Textingtal zusammen, wo Gerhard Karner ein „Dollfuß-Museum“ betreibt, das eher eine Wallfahrtsstätte denn ein Ort der historischen Aufarbeitung ist.

Diese Art der Traditionspflege missfiel sogar einigen Politiker*innen des grünen Koalitionspartners in der Bundesregierung. Wie beim Antisemitismusvorwurf und den Rücktrittsforderungen der Jüdischen Hochschülerschaft und einer Gruppe von Künstler*innen und Intellektuellen reagierte Karner routiniert: Halbherzige Entschuldigungen, im Fall Dollfuß ein elegant choreographierter Eiertanz, um dem Begriff „Austrofaschismus“ auszuweichen. Vereinbarte er in der Antisemitismus-Affäre einen Gesprächstermin mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, versprach er in der Dollfuß-Causa eine „wissenschaftliche Aufarbeitung“.

Die mediale und öffentliche Reaktion auf die Enthüllungen von Karners antisemitischen Sprüchen und sein Engagement für die Galionsfigur des Austrofaschismus zeigten, dass breite Entrüstungsstürme ausblieben.

Nicht zuletzt taten die bürgerlichen Vertreter der Israelitischen Kultusgemeinde alles, um den Skandal kleinzureden: „Bei einem Treffen mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), Oskar Deutsch, gab es bereits am Freitag versöhnliche Töne. ‚Dass der Minister seine problematischen Aussagen als solche erkannt, bedauert und um Entschuldigung gebeten hat, ist ein ganz wichtiges Zeichen‘, meinte Deutsch danach“, berichtet DER STANDARD am

18.12.22.

Erinnern wir uns daran, mit welcher Inbrunst Sebastian Kurz zu Beginn der Corona-Pandemie die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse – nein, nicht von Professor Drosten – sondern von Benjamin Netanjahu zur Leitschnur der Seuchenstrategie seines Kabinetts machte. Wie im Mai 2021 während der letzten israelischen Militäroperationen in Gaza plötzlich, Neutralität hin oder her, die israelische Fahne am Bundeskanzleramt und am Außenministerium flatterte. Unter Kurz hat die „Neue“ Volkspartei einen Schwenk hin zur Unterstützung der israelischen Außenpolitik und der Politik gegenüber den Palästinenser*innen gemacht – was keineswegs mit einem



K&K-Politiker aus dem Textingtal: Korneuburger Eid und Karner

Schwenk weg vom Antisemitismus gleichgesetzt werden kann. Vor diesem Hintergrund konnte sich Karner ruhigen Mutes die Absolution der IKG holen.

Das Dollfuß-Thema ging in der Öffentlichkeit noch mehr unter. Kein Wunder. Bei einer Umfrage in den Jahren 2007/2008 stellte sich heraus, dass rund die Hälfte der Befragten mit dem Namen Dollfuß überhaupt nichts verbanden.

Jetzt im Namen der historischen Wahrheit über den Austrofaschismus eine Kampagne für den Rücktritt oder die Amtsenthebung Karners zu starten wäre verfehlt. Karner ist Minister in einer Regierung, die in ihrer Gesamtheit gestürzt gehört (inklusive ihrer grünen Feigenblätter). Sein Dollfuß-Kult ist besonders unappetitlich, auf einer Ekelskala läge er sich da aber kaum schlechter als Kickls Abschiebezentren oder Vorbeugehaft-Phantasien oder Nehammers Brutalität bei den Abschiebungen von Kindern und Jugend-

lichen. Die Absetzung eines bekennenden Verehrers des Austrofaschisten Dollfuß würde nur die Optik verändern – an der Ursache, warum ein solcher Politiker von der ÖVP in die erste Reihe gestellt wird, änderte das gar nichts.

Denn in Erinnerung rufen kann und soll man immer wieder: Der Mann aus Textingtal verkörpert tatsächlich eine Kontinuität, welche die Volkspartei sonst gerne verleugnet. Ja, es gibt eine direkte Linie von den Christlichsozialen der 1. Republik, den Heimwehren, der Vaterländischen Front und den Vaterländischen Sturmcharen hinauf in die 2. Republik und zur ÖVP. Bis in die 60er Jahre waren VP-Bundeskanzler und Spitzenpolitiker ehemalige Kämpfer und Mitarchitekten

des austrofaschistischen Regimes.

Die Politik der Kurz-Clique an der Spitze der türkisen Neuen Volkspartei hat in vielen Punkten Parallelen zum austrofaschistischen Machtverständnis aufgewiesen. Der Hang zum Autoritarismus, die Liebe zu Verordnungen, vorbei am Nationalrat, und die Verächtlichmachung der doch immer wieder als besonders wertvoll gehandelten parlamentarischen Demokratie zeigen, wessen Erbe die Volkspartei mit und ohne Kurz angetreten hat. Um einen nicht unbekanntem Herrn aus dem Kreis rund um Sebastian Kurz (für den übrigens die Unschuldsvermutung gilt!) zu zitieren. Die Christlichsozialen und die Volkspartei sind in einem wesentlichen Punkt ident: Sie sind die Hure der Reichen.



12. Februar 1934: Der bewaffnete Widerstand der österreichischen Arbeiter*innen gegen den Faschismus

Am 12. Februar 1934 griffen in verschiedenen, zumeist industriell geprägten, Regionen österreichische Arbeiter*innen zu den Waffen, um sich gegen die immer massiveren Angriffe des austrofaschistischen Regimes zu wehren. Auslöser war eine Waffensuche in der Zentrale der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) in Linz.

Es war ein heldenhafter, wenngleich militärisch aussichtsloser Kampf, der in Mitteleuropa einzigartig blieb. Die Niederlage der Arbeiter im Februar 1934 war keineswegs ein überraschendes Ereignis, sondern die logische Konsequenz einer langjährigen, vom Zurückweichen ihrer Führung gekennzeichneten Entwicklung.

Ende 1918 nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie lag die Macht auf der Straße, an die Stelle der k.u.k. Armee war die Volkswehr getreten, in der Sozialdemokraten die entscheidenden Machtpositionen besetzten. Trotz der 1919 entbrannten Sozialisierungsdiskussion rund um die steirische Eisen- und Stahlindustrie entschied sich die Sozialdemokratie dafür, den Kapitalismus nicht anzutasten und versprach den ArbeiterInnen dafür einen friedlichen Übergang zum Sozialismus. Die Hauptbestandteile des Rechtssystems (Zivil- und Strafrecht, Zivil- und Strafprozessordnung) und die staatlichen Verwaltungsorganisationen, das Beamtentum, die Polizei und der gesamte Behördenapparat wurden vom alten Regime übernommen und notdürftig republikanisch eingefärbt.

Zu den Parlamentswahlen im Februar 1919, aus denen die SDAP als die stärkste politische Kraft hervorging, schrieb der führende Theoretiker des Austromarxismus Otto Bauer:

„Die Regierung stand damals immer wieder den leidenschaftlichen Demonstrationen der Heimkehrer, der Arbeitslosen, der Kriegsinvaliden gegenüber. Sie stand der vom Geiste der proletarischen Revolution erfüllten Volkswehr gegenüber. Sie stand täglich schweren, gefahrdrohenden Konflikten in den Fabriken, auf den Eisenbahnen gegenüber. Und die Regierung hatte keine Mittel der Gewalt zur Verfügung: die bewaffnete Macht war kein Instrument gegen die von revolutionären Leidenschaften erfüllten Proletariemassen. Nur durch den täglichen Appell an die eigene Einsicht, an die eigene Erkenntnis, an das eigene Verantwortungsgefühl hungernder, frierender, durch Krieg, und Revolution aufgewühlter Massen konnte die Regierung verhüten, daß die revolutionäre Bewegung in einem die Revolution vernichtenden Bürgerkrieg endet. Keine

bürgerliche Regierung hätte diese Aufgabe bewältigen können. Sie wäre wehrlos dem Mißtrauen und dem Haß der Proletariemassen gegenübergestanden. Sie wäre binnen acht Tagen durch Straßenaufuhr gestürzt, von ihren eigenen Soldaten verhaftet worden. Nur Sozialdemokraten konnten diese Aufgabe von beispielloser Schwierigkeit bewältigen. Nur ihnen vertrauten die Proletariemassen. Nur sie konnten die Massen überzeugen, daß die entsetzliche Not dieses ersten Winters nach dem Kriege nicht die Schuld der Regierung, sondern die unentrinnbare Wirkung weltgeschichtlicher Umwälzung, daß sie nicht durch gewaltsamen Umsturz zu brechen, sondern nur allmählich zu überwinden war. Nur Sozialdemokraten konnten wild erregte Demonstrationen durch Verhandlungen und Ansprachen friedlich beenden, nur Sozialdemokraten konnten sich mit den Arbeitslosen verständigen, die Volkswehr führen, die Arbeitermassen von der Versuchung zu revolutionären Abenteuern, die der Revolution zum Verhängnis geworden wären, abhalten. Die Funktion, die damals die wichtigste Funktion der Regierung war, konnte nur von Sozialdemokraten erfüllt werden. Die tiefe Erschütterung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung fand darin ihren anschaulichsten Ausdruck, daß eine bürgerliche Regierung, eine Regierung ohne Sozialdemokraten schlechthin unmöglich geworden war.“

Zeit sozialer Errungenschaften

In der Tat gelang es der SDAP, im Sog der russischen Oktoberrevolution wichtige Verbesserungen für die Arbeiter*innen durchzusetzen. Darunter fielen das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht, das Verbot der Kinderarbeit vor dem vollendeten zwölften Lebensjahr, die Einführung der Arbeitsvermittlung, die Wiederherstellung der Sonn- und Feiertagsruhe in Gewerbebetrieben, die Verbesserung der Krankenversicherung für ArbeiterInnen, die Verpflichtung für Unternehmer, Arbeitslose einzustellen und die Belegschaft um 20 % aufzustocken, die Einführung des Betriebsrätegesetzes, des Arbeiterurlaubsgesetzes (eine Woche bezahlter Urlaub nach einem Dienstjahr, zwei Wochen nach fünf Jahren ununterbrochener Beschäftigungsdauer), das Gesetz über kollektive Arbeitsverträge und das Gesetz für die Errichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte. Die Durchsetzung dieser Reformen war aber nur deswegen möglich, weil die herrschende Klasse Deutsch-Österreichs hinter den „realistischen“ Führern der SDAP die ungeduldigen und durch den Krieg radikalisierten

Massen der Lohnabhängigen sahen – und fürchteten. Während in Ungarn und Bayern die Räterepubliken die Macht ergriffen, setzte die österreichische Sozialdemokratie auf die Taktik des Abwartens und Gewehr-bei-Fuß-Stehens und sicherte so der Kapitalistenklasse den Machterhalt.

Die 1918 gegründete KPÖ versuchte vergeblich, die Mehrheit des nach dem Ende der Donaumonarchie entstandenen Arbeiterrates für sich zu gewinnen. Der Sozialismus blieb das erklärte Ziel der SDAP, welches mit dem Erringen der parlamentarischen Mehrheit unblutig erreicht werden sollte, die Gegensätze mit der wesentlich kleineren KPÖ wurden als bloße taktische Meinungsverschiedenheiten dargestellt.

Man kann und muss der Mehrheit der SDAP-Führung zugestehen, dass sie tatsächlich „an den Sozialismus glaubten.“ Sie taten diese in der klassischen reformistischen Tradition: Wäre der Kapitalismus erst einmal zu seiner vollen Blüte gelangt, würde sich die Arbeiterklasse angesichts einer historischen Not-

wendigkeit über eine parlamentarische Mehrheit an die Errichtung einer neuen, besseren, sozialistischen Gesellschaft machen können. Politisch umgesetzt wurde diese Ausrichtung mit der Zerlegung des sozialistischen Programms in ein Minimal- und Maximalprogramm. Die Tagesforderungen standen im Minimalprogramm – das Maximalprogramm wurde für Reden am 1. Mai, in Veranstaltungen und auf Parteitag reserviert. Das waren dann die Beschwörungen des Sozialismus, die Träume von einem „Neuen Menschen“ ...

So entschied sich die österreichische ArbeiterInnenklasse für den als unblutigen und müheloseren erscheinenden Weg der SDAP. In Wien wurde der Versuch eines sozialistischen Gegenmodells zum herrschenden Kapitalismus ins Leben gerufen. Besonders im sozialen Wohnbau konnte die Sozialdemokratie in Wien in den 1920er Jahren unter dem Motto „Licht in der Wohnung – Sonne im Herzen“ mit der Errichtung tausender leistbarer Arbeiter*innenwohnungen mit für diese Zeit großem Komfort wesentliche Fortschritte erzielen. Finanziert wurden die großen Gemeindebauten twas der Wohnbausteuer – einer Steuer, welche die Reichen z. B. für ihr Dienstpersonal, beim Besuch von Luxusrestaurants oder als „Schaumweinsteuer“ zu entrichten hatten. Auch die Wiener Bäderkultur – die kostengünstige und leicht zugängliche Möglichkeit der Körperpflege – war in dieser Zeit in Europa beispielgebend.

Reaktion auf dem Land

Der Zerfall des habsburgischen Vielvölkerstaates schnitt Deutsch-Österreich von wichtigen Teilen seines industriellen Hinterlandes ab. Das Proletariat war daher in wenigen, wirt-

schaftlich besonders entwickelten, Regionen konzentriert: im Großraum Wien, in Oberösterreich in den Regionen Linz ?? (Wurde doch erst 1938 Industriestandort) und Wels, in der Steiermark in der Murz-Mur-Furche.

Die agrarischen Teile Österreichs standen massiv unter dem Einfluss und der Druck der katholischen Kirche. Die hatte sich 1918 nur widerwillig mit der Republik abgefunden. An die Stelle des Dualismus Thron und Altar trat nur das Bündnis Altar und Christlich-Soziale Partei. So bildete sich der Typ des

„Priester-Politikers“ heraus. Die Christlich-Sozialen wurden zugleich das Sammelbecken der in ihren Privilegien beschnittenen Adeligen, abgehalfterter Offiziere, des durch die sozialen Umwälzungen von Deklassierung bedrohten Kleinbürgertums und, natürlich, der Bauernschaft.

Bereits im April 1919 entstanden in Vorarlberg die „Volksmilizen“.

Sie waren mit Militärwaffen ausgestattet und wurden von örtlichen Kapitalisten (mit Duldung und Unterstützung der konservativen Landesregierung) zum „Kampf gegen den Sozialismus“ gegründet. Schutzpatron war der CS-Landeshauptmann Otto Ender, ein Antisemit und später kurzfristig Bundeskanzler. Die zweite einschlägige Formation entstand in Tirol auf Initiative des CS-Landtagsabgeordneten Richard Steidle mit Unterstützung der Großdeutschen Volkspartei. Die „Heimatwehr“ beruhte auf einem Vier-Punkte-Programm, das unter anderem den Schutz des „Eigentums“ und „Unterstützung der bestehenden Staatsgewalt bei Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ vorsah. Zwischen der Heimatwehr und bayerischen Faschisten gab es enge Verbindungen und einen florierenden Handel mit Waffen aller Art.

Diese Heimwehrgruppen waren in den Grenzstreitigkeiten mit Ungarn und dem SHS-Staat („Jugoslawien“) an der Seite des Bundesheers involviert. Spätestens nach der Beilegung dieser Konflikte kehrten sie zu ihrer Kernkompetenz zurück: dem Kampf gegen den „Marxismus“, also in erster Linie die sozialdemokratische Arbeiter*innenschaft. Der Mythos von den heldenhaften Verteidigern der jungen Republik gegen die gierigen Nachbarn aus dem Osten und die Slawen ist eine typische bürgerliche Geschichtsklitterung, um den von Haus aus „protofaschistischen“ Charakter der Heimwehren zu bemänteln. Mit Protofaschismus bezeichnen Geschichtswissenschaftler die direkten Vorgängerideologien und kulturellen Bewegungen, die den Faschismus beeinflussten und bildeten.

Wichtige Führer der Heimwehrbewegung standen schon in



Wahlplakat der SDAP, 1920

deren Gründerjahren in enger Verbindung zum italienischen Faschismus oder faschistischen Freikorps in Deutschland. Ernst Rüdiger Graf Starhemberg kämpfte im „Freikorps Oberland“, das 1921 in Oberschlesien gemeinsam mit anderen rechtsextremen Gruppen ein regelrechtes Mordkommando zur Beseitigung „linker“ und jüdischer „Feinde“. Der erwähnte CS-Politiker Steidle war ein früher Bewunderer Mussolinis.

Als Reaktion auf das Entstehen der Heimwehr gründete die SDAP im April 1923 den Republikanischen Schutzbund, der teilweise aus der Volkswehr hervor ging. Wie der Name schon sagt, war er eine auf Abwehr ausgerichtete Organisation, die die Verteidigung der jungen Republik und damit auch der bürgerlichen Demokratie als Ziel hatte. Keineswegs war der Schutzbund zum Sturz der Herrschaft der Bürgerlichen und zur Errichtung und Verteidigung eines Arbeiter*innenstaates vorgesehen. Orientierungspunkt in Deutschland war das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, welches sich in Deutschland auf Initiative der SPD, des katholischen „Zentrums“ und DP (Demokratischen Partei) der Verteidigung der Weimarer Verfassung und dem Schutz der republikanischen Parteien vor politisch motivierter Gewalt verschrieben hatte. (Von allen Parteien der Ersten Republik war die SDAP die Einzige, die sich unbeirrbar zur Republik als Staatsform bekannte).

Schattendorf 1927 – Faschismus geht über Leichen

Bereits vor den Todesschüssen im burgenländischen Schattendorf am 30. Jänner 1927 hatte es bei Überfällen von Heimwehrlern bzw. „Frontkämpfern“ auf sozialdemokratische Arbeiter zwischen 1923 und 1925 vier Tote auf Seiten der Arbeiter gegeben.

Schattendorf markierte aber eine klare Wende. Bei einem Aufmarsch des Schutzbundes im burgenländischen Schattendorf wurden ein Kind und ein Invalide von monarchistischen Frontkämpfern, welche in einem Wirtshaus auf der Lauer lagen, erschossen und fünf weitere Schutzbündler verletzt. Alles Gerede von „Selbstverteidigung gegen bolschewistische Angriffe“ zerstob angesichts des kaltblütigen und bewusst mörderischen Handelns der Faschisten.

Daraufhin kam es vor allem in Wien zu spontanen Streiks und Demonstrationen. Die Empörung der ArbeiterInnen erreichte ihren Höhepunkt, als am 15. Juli 1927 bekannt wurde,

dass die Mörder von Schattendorf bei Gericht freigesprochen wurden. Zehntausende ArbeiterInnen zogen zum Justizpalast. Trotz massiven Waffengebrauchs der teils berittenen Polizei mit Säbeln und Schusswaffen gelang es der aufgebrachten Menge, den Justizpalast in Brand zu stecken. Der viel zu spät von der SDAP Führung herbei geholte Schutzbund stellte sich nicht schützend vor die Arbeiter*innen, sondern betätigte sich als Hüter der bürgerlichen Ordnung, rief zur Ordnung auf und setzte sogar Schlagstöcke ein, um die DemonstrantInnen zurückzudrängen und die Löscharbeiten zu ermöglichen. Die Bilanz der Straßenschlachten: 4 Tote und ca. 600 Verletzte auf Seiten der Exekutive, 85 Tote und ca. 400 verletzte ArbeiterInnen.

Der 15. Juli 1927 war zweifellos eine schwere Niederlage der österreichischen ArbeiterInnenbewegung, weil sie dem erstarkenden Faschismus die Angst ihrer Führung vor einem offenen und bewaffneten Konflikt vor Augen führte.

Das Handeln der Parteiführung ist vor dem Hintergrund des Parteitags der SDAP am 3. November 1926 in Linz zu sehen. Dort wurde ein neues Parteiprogramm beschlossen, das maßgeblich von den Führern sowohl des austromarxistischen als auch des rechten, offen reformistischen, Flügels, Otto Bauer und Karl Renner, formuliert worden war.



Ehrenwache des Schutzbunds in Schattendorf zum Gedenken an die Ermordeten

Einleitend stellen die Autoren fest: „Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs, gestützt auf die Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus und auf die Erfahrung jahrzehntelanger sieghafter Kämpfe, eng verbunden den sozialistischen Arbeiterparteien aller Nationen, führt den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und setzt ihm als Ziel die Überwindung der kapitalistischen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung“.

Wir sehen hier also (wie oben bereits erwähnt) das verbale Bekenntnis zum Sozialismus. Gleichzeitig sagt das Linzer Programm klar und deutlich (und das ist in der klassischen reformistischen Tradition der Vorkriegssozialdemokratie), dass der „Weg zur Macht“ auf „demokratischen“, d.h. parlamentarischen Weg, erfolgen soll:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik, nicht um die Demokratie aufzuheben, sondern um sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, den Staatsapparat den Bedürfnissen

der Arbeiterklasse anzupassen und ihn als Machtmittel zu benützen, um dem Großkapital und dem Großgrundbesitz die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel zu entreißen und sie in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes zu überführen. ... Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgerschaften der Demokratie ausüben.“

Der Kompromiss zwischen Linken und Rechten in der Partei führte dazu, dass reformistische Inhalte mit radikalen Floskeln bemäntelt wurden. Dazu gehörte auch der im Programm wiederholt verwendete Begriff der „Diktatur“, der vor allem in folgendem Schlüsselabsatz des Programms eine wesentliche Rolle spielt:

„Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

Das Linzer Programm der SDAP spricht nirgends von der „Diktatur des Proletariats“. Gemeint ist die gewaltsame Unterdrückung antiparlamentarischer,

antirepublikanischer Verschwörungen der Bourgeoisie. Der zitierte Abschnitt des Programms war in vielerlei Hinsicht fatal:

Für die faschistischen Teile der Bourgeoisie bestätigte die radikal formulierte Defensivposition der sozialdemokratischen Parteiführung, dass es schon einer ganz besonders frechen faschistischen Provokation bedurfte, um die SDAP zum Kampf zu zwingen. Gleichzeitig benutzten die Propagandisten der Heimwehren und der CS die Rhetorik des Programms, um das ohnehin ängstliche Kleinbürgertum und das Großkapital angesichts der „marxistischen Gefahr“ in Angst und Schrecken zu versetzen.

In der Folge wagte die Heimwehr immer öfter Aufmärsche in den Arbeiter*innenstädten, was ihr am 7. Oktober 1928 zum ersten Mal in Wiener Neustadt und wenige Monate später auch im Roten Wien gelang. Die Heimwehr entfaltete in den kommenden Monaten und Jahren ihr ganzes Terrorpotential. Es ge-

lang ihr, eine Versammlung und einen Aufmarsch des Schutzbundes nach dem anderen mit Gewalt zu verhindern, wobei es auch Tote und Verwundete gab. 1930 bekannte sich die Heimwehr im Korneuburger Eid offen zum Faschismus, zum Kampf gegen die bürgerliche Demokratie und gegen den Parlamentarismus und forderte die Macht im Staat (nach einigen Schwankungen leistete damals auch der niederösterreichische Heimwehrführer und aktive Antisemit Julius Raab, später ÖVP-Bundeskanzler, diesen Eid).

Wirtschaftskrise bringt herbe Einschnitte für ArbeiterInnen

Die ab 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise begann auch in Österreich ihre Spuren zu hinterlassen. Zur galoppierenden Inflation der ersten Jahre nach Ende des Weltkriegs gesellte sich jetzt die Konjunkturkrise und in ihrer Folge die Massenarbeitslosigkeit. 1933 war etwa ein Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung ohne Arbeit. 100.000 Menschen waren „ausgesteuert“, das bedeutete, dass sie auch keine Arbeitslosenunterstützung mehr erhielten.

In diesem Umfeld fand auch die in Österreich illegale NSDAP, die die Vereinigung mit Deutschland anstrebte, immer mehr Anhänger. Sie versprach die langersehnten Arbeitsplätze. Mit Heimwehr,

Christlichsozialer Partei und anderen reaktionären Kräften einte sie der Kampf gegen die ArbeiterInnenbewegung.

Faschismus drängt an die Macht

Am 4. März 1933 nach dem Erfolg der NSDAP bei den Wahlen in Deutschland sah der österreichische Faschismus die Chance zur Machtergreifung gekommen. Das Parlament sollte über die Vorgangsweise gegen einen Lohnstreik der Eisenbahner abstimmen. Um mit ihren Fraktionen stimmen zu können, traten alle drei Nationalratspräsidenten zurück. Damit wurde die Sitzung geschlossen, da das Parlament damit nicht mehr beschlussfähig war. Dieses Machtvakuum nützte Bundeskanzler Dollfuß und erklärte die Selbstaflösung des Parlaments. Er griff zum kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz des Jahres 1917, erklärte ein neuerliches Zusammentreten des Nationalrates für illegal und unterband dieses am 15. März mit



Heimwehraufmarsch in Wien: Das Gesicht der faschistischen Miliz

Polizeigewalt. Die SDAP mobilisierte daraufhin den Schutzbund, die österreichischen ArbeiterInnen erwarteten von ihrer Partei die Ausrufung des Generalstreiks. Anstatt jedoch der faschistischen Aggression Einhalt zu gebieten, begnügte sich die Führung der SDAP mit einer 15-minütigen parlamentarischen Sitzungsfarce, die in Wahrheit aus einem kurzen Zusammenreffen von sozialdemokratischen und großdeutschen Abgeordneten vor dem eigentlichen Sitzungstermin bestand, und erklärte die Demokratie für gerettet. Das war die Bankrotterklärung der SDAP.

Mit seinem verfassungswidrigen Vorgehen (Österreich befand sich 1933 ja nicht im Krieg!) ersetzte Dollfuß das bürgerliche Parlament durch eine Dachorganisation, die faschistische Vaterländische Front unter der Führung der Christlichsozialen Partei, die alle reaktionären Kräfte vereinte. Das neue Regime definierte sich als „sozialer, christlicher, deutscher Staat Österreich auf ständischer Grundlage und starker autoritärer Führung“. Die Abgeordneten der Parteien des Parlaments wurden durch Vertreter der Stände ersetzt.

Ständestaat: Abbau bürgerlich-demokratischer Rechte und Sozialabbau

Wahlen wurden verboten, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sowie die Pressefreiheit aufgehoben, die Symbole der ArbeiterInnenbewegung (rote Fahnen, Sowjeterstern etc.) und das nationalsozialistische Hakenkreuz verboten. Der „Glöckelerlass“ zur Trennung von Schule und Kirche wurde abgeschafft und das verpflichtende Schulgebet wieder eingeführt. Ab dem 24. März 1933 war die „Arbeiterzeitung“ unter Vorzensur gestellt. Am 31. März wurde der Schutzbund verboten. Auch die KPÖ, die sich politisch in der Sozialfaschismustheorie (Sozialdemokratie wurde mit Faschismus gleichgesetzt) verrannt hatte, wurde am 26. Mai verboten.

Für die ohnehin durch die Massenarbeitslosigkeit (mehr als 30 % Arbeitslose 1933) schwer in Mitleidenschaft gezogene Arbeiterschaft bedeutete der Austrofaschismus eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage. Das erst vor wenigen Jahren erkämpfte Kollektivvertragsrecht wurde aufgehoben, autoritär in Lohnverhandlungen zu Ungunsten der ArbeiterInnen eingegriffen, Arbeitslosenunterstützung gekürzt, das Streikrecht abgeschafft, Arbeiterkammern und Betriebsräte verboten und für BeamtenInnen die Zwangsmitgliedschaft in

der Vaterländischen Front gegen Androhung der Entlassung angeordnet. All das sowie das Verbot des traditionellen Maiaufmarschs der Wiener ArbeiterInnen nahm die SDAP hin.

Am letzten legalen Parteitag der SDAP erklärte Otto Bauer am 14. Oktober 1933, wann für die Partei die „rote Linie“ überschritten und der Augenblick zur Gegenwehr gekommen sei:

„Welches aber sind die Grenzen? Der erste Fall wäre die Erfüllung der alten Heimwehrforderung nach Aufhebung der Rechte Wiens und Einsetzung eines Regierungskommissärs im Rathaus. [...] Wir haben einen zweiten Fall aufgestellt, der nicht weniger aktuell ist: Dieser Fall ist der Angriff auf die Gewerkschaften. Ich glaube nicht, daß Herr Dollfuß die Absicht hat, an einem Tag sämtliche österreichische Gewerkschaften aufzulösen oder gleichzuschalten. [...] Sie haben einen Teilangriff gemacht, und ich will auch da wieder nicht ungerecht sein und sagen, daß sie sich die richtige Stelle dazu ausgesucht haben. Die Genossen kennen die Vorgänge bei den Bundesbahnen. [...]

Die Auflösung der Partei - wir werden uns doch nicht eine so gewaltige, so große, so ruhmreiche Partei einfach auflösen lassen: das würde der Moment sein, da mit dem Kampfe auf der ganzen Front eingesetzt werden müßte. Oder wenn die Herren eine faschistische Verfassung, die das gleiche Wahlrecht aufheben will, die Souveränität des Volkswillens aufhebt und von oben her oktroyieren sollte, so wäre dies der Fall, in dem die Arbeiterschaft sich zur Wehr setzen muß. [...]“



1. Mai 1933: Demonstrationsverbot verhindert SDAP-Aufmarsch, Militär in den Straßen Wiens

Auch hier wieder eine regelrechte Blaupause für die Faschisten. Sie wussten nun ganz genau, mit welchen taktischen Schritten sie der Sozialdemokratie den Boden unter den Füßen wegziehen konnten, ohne mit ernsthaftem Widerstand rechnen zu müssen. Statt endlich Widerstand zu leisten, ließ die SDAP

Führung die Durchsuchung und Beschlagnahmung von Waffenlagern des Schutzbundes zu und setzte auf Verhandlungen mit den Christlichsozialen. Inzwischen begann die faschistische Regierung mit der Errichtung von Konzentrationslagern (das größte entstand in Wöllersdorf bei Wiener Neustadt) zur Festhaltung politischer Gefangener. Der öffentliche Vertrieb der Arbeiterzeitung wurde verboten und die Todesstrafe wieder eingeführt. Durch das ständige Zurückweichen ihrer Parteiführung vor dem Klassenfeind resignierten viele SozialdemokratInnen. Allein in Wien traten 1933 binnen weniger Monate ein Drittel aller Mitglieder aus der SDAP aus. Ein Zeichen der unzureichenden politischen Schulung war, dass sich etliche der

noch illegalen NSDAP annäherten, weil sie auf das Hirngespinnst eines „nationalen Sozialismus“ hereinfließen. Auch die ebenfalls in der Illegalität agierende KPÖ konnte trotz ihrer Weigerung, mit der SDAP eine Einheitsfront gegen den Faschismus zu bilden, regen Zulauf verzeichnen. Aufgrund ihrer geringen Größe konnten die sich auf den Trotzkismus und die Internationale Linke Opposition berufenden Gruppen zwar Mitglieder gewinnen, ihr Einfluss blieb aber sehr begrenzt.

Trotz weit gehender Zugeständnisse der SDAP Führung (z. B. Verzicht der Wiedereinberufung des Parlaments und Anerkennung der außerordentlichen Vollmachten der Regierung für zwei Jahre), war die Regierung unter Bundeskanzler Dollfuß auf dem Weg zur Vollendung der faschistischen Entwicklung zu keinen Verhandlungen bereit. In dieser Situation erwies sich die Heimwehr als treibende Kraft, die der österreichischen ArbeiterInnenbewegung den Garaus machen wollte. Sie begann Ende Jänner 1934 mit ihrer Mobilisierung in ganz Österreich. Gleichzeitig führte die Polizei Waffensuchen in SDAP Parteiheimen in großem Stil durch. Zahlreiche führende Schutzbündler wurden verhaftet. Am 11. Februar 1934 erklärte der Wiener Heimwehrführer und Innenminister Emil Fey vor kampfbereiten Heimwehrverbänden: „Wir werden morgen an die Arbeit gehen, und wir werden ganze Arbeit leisten für unser Vaterland, das nur uns Österreichern alleine gehört und das wir uns von niemand nehmen lassen“.

12. Februar 1934 – der Abwehrkampf beginnt

Als bereits alles danach aussah, dass das faschistische Regime die Bastionen der ArbeiterInnenbewegung kampflos erobert, entschloss sich die Landesparteileitung der SDAP Oberösterreich entgegen den Anordnungen der Parteiführung zum bewaffneten Widerstand.

Die Polizei, die am Morgen des 12. Februar 1934 mit Unterstützung der Heimwehr mit einer Waffensuche in der Linzer Landespartei zentrale beginnen

wollte, wurde von Schutzbündlern mit Schüssen empfangen. Die Nachricht vom Beginn der Kämpfe verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Spontane Streiks wurden von sozialdemokratischen Betriebsräten mit dem Hinweis, Befehle der Parteiführung abwarten zu wollen, niedergehalten. Dennoch konnte die SDAP Führung ein Ausbreiten der Kämpfe nicht verhindern, da die Arbeiter*innen der Elektrizitätswerke streikten und mit dem Abschalten des Stroms das vereinbarte Zeichen zum Generalstreik und zur Mobilisierung des Schutzbundes setzten. Selbst jetzt noch setzte die

Parteiführung auf defensives Verhalten und gab den militärisch fatalen Befehl aus, nur dann zu kämpfen, wenn der Gegner mit Angriffen beginnt. Rein formell hatte die Parteiführung zwar das Oberkommando über den Schutzbund, real wurde sie jedoch von der Dynamik der Kämpfe überrollt.

Die Zentren des Abwehrkampfes waren neben Wien in Oberösterreich (Linz, Steyr) und der Steiermark (vor allem Bruck) zu finden. Es war das letzte Aufflackern eines zu diesem Zeitpunkt viel zu späten Abwehrkampfes, der 11 Monate früher beim Beginn der faschistischen Machtergreifung militärisch wesentlich größere Erfolgsaussichten gehabt hätte.

Viele der Waffenverstecke des Schutzbundes waren schon Monate vorher ausgehoben worden. Etliche Schutzbundkommandanten zogen es vor, die zum vereinbarten Treffpunkt erschienenen Genossen nicht mit Waffen zu versorgen, weil sie Angst hatten, bei der sich abzeichnenden Niederlage als Rädelsführer zur Rechenschaft gezogen zu werden. Manche Schutzbundführer stellten sich sogar freiwillig der Polizei und verrieten Waffenverstecke. Besonderen Hass zog sich der Schutzbund-Kreisleiter Eduard Korbel zu, der für den 6., 7., 13., 14., 15. und 16. Bezirk verantwortlich war und die ihm unterstellten Kommandanten und die Waffenlager an die Polizei verriet. Nur die Ottakringer Schutzbündler nahmen dennoch an den Kämpfen teil und verteidigten das Ottakringer Arbeiterheim. Später sagte der Verräter im Sozialistenprozess gegen die Angeklagten Revolutionären Sozialist*innen aus. Der Streikaufruf wurde aus Angst um den eigenen Arbeitsplatz nur teilweise befolgt, was dazu führte,

dass die Faschisten mit der Eisenbahn rasch Truppen an die Schauplätze der Auseinandersetzungen führen konnten. Die Angst um den Arbeitsplatz war für viele Schutzbündler ein wesentlicher Aspekt. Es entstand die kuriose Situation, dass viele tagsüber ihrer Arbeit nachgingen und am Abend in Schutzbunduniform zu den Waffen griffen. So mussten die von 12-15. Februar andauernden Kämpfe mit einem Fiasko für den Schutzbund enden, zu dem vor allem das jahrelange

Zaudern und die fehlende Kampfleitung durch die SDAP-Parteiführung, welche noch während der Kämpfe nach Brünn geflohen war, beigetragen hatten.

Bilanz und Lehre der Februarkämpfe

Während die verräterische Parteibürokratie den Kämpfen weitgehend fern blieb, ließen etwa 1.200 Arbeiter und Schutzbündler ihr Leben, ca. 5.000 wurden verwundet. Die Faschisten



Der Schlingerhof in Floridsdorf (Wien, 21. Bezirk) nach Beschießung durch Bundesheerartillerie

ließen 9 Kämpfer der Arbeiter*innenbewegung hinrichten. Mehr als 10.000 Schutzbündler und Arbeiterfunktionäre wurden verhaftet und im KZ Wöllersdorf inhaftiert. Tausende mussten ins Ausland emigrieren, viele von ihnen setzten den Kampf gegen den Faschismus in Spanien und in der Sowjetunion fort. Die Niederlage des Februar 1934 bedeutete auch das Verbot der SDAP und der Gewerkschaften sowie aller anderen Strukturen der organisierten ArbeiterInnenbewegung.

Die Brutalität des faschistischen Terrorregimes bekamen auch die Hinterbliebenen der gefallenen Schutzbündler zu spüren. So war das Schmücken der Gräber der toten Februar-kämpfer verboten, wurden ihre Kinder in der Schule als Kinder von Aufrührern gebrandmarkt.

Zu den bekanntesten Märtyrern der Februarkämpfe zählen die Schutzbundführer Karl Münichreiter, Georg Weissel und Koloman Wallisch, die am Galgen starben und hier stellvertretend für alle aufrechten Verteidiger der Rechte der ArbeiterInnen genannt sein sollen. Ebenso die sechs Schutzbundsanitäter, die auf der Bühne des Arbeiterheims Holzleithen (Oberösterreich) von Heimwehrlern erschossen wurden. Bei der Beisetzung Weissels attackierte berittene Polizei die Trauergemeinde.

2. Republik – alles neu, alles anders?

Die österreichische Parteienlandschaft der Nachkriegszeit ist nicht aus dem Nichts entstanden. Zahlreiche ÖVP Politiker, die am Aufbau der 2. Republik beteiligt waren, hatten bereits im faschistischen Ständestaat führende Positionen inne. Dazu gehören der oben erwähnte Julius Raab; dann natürlich Leopold Figl, der nach dem Bürgerkrieg als Bauernbunddirektor und niederösterreichischer Führer der Ostmärkischen Sturmsharen dem Austrofaschistischen Regime diente. In einem Artikel in „profil“ vom 15.5.2015 heiße es:

„Wie aus Aufzeichnungen des US-Geheimdienstes OSS aus dem September 1945 hervorgeht, hält Figl den autoritären Ständestaat auch in der Rückschau für keinen Fehler. Nach einem langen Gespräch mit dem damaligen Staatssekretär vermerkt der amerikanische Vernehmungsoffizier Paul Sweet: 'Figl ärgert sich furchtbar darüber, dass Renner und andere führende Mitglieder von dessen Partei immer wieder über den Dollfuß-Faschismus reden. Einen solchen habe es nie gegeben, beteuert Figl., Dollfuß war ein echter Demokrat', sagt er.“

Auch der spätere Bundeskanzler Alfons Gorbach hat eine Vergangenheit als Kreisleiter der Vaterländischen Front (1933-1938). Ein Gutteil der ÖVP-Mitglieder der ersten, „Provisorischen Staatsregierung“ Österreichs 1945, hatte hohe Funktio-

nen im Ständestaat inne, inklusive Ministerposten.

Bis heute hat sich die ÖVP nicht von der faschistischen Vergangenheit ihrer Vorgängerorganisation, der Christlichsozialen Partei distanziert und bezeichnet Dollfuß als Verteidiger der Demokratie, was einer Verhöhnung der Opfer des Austrofaschismus gleich kommt. Ein Bild des Faschisten Dollfuß im Parlamentsclub der ÖVP wurde als „Leihgabe“ nach St. Pölten verfrachtet – vermutlich, um bei passender Gelegenheit wieder herausgeholt zu werden.

Für die Gruppe Klassenkampf gibt es kein Vergessen und kein Vergeben. Das sind wir den vielen im Kampf für ihre Rechte gefallenen Arbeitern schuldig. Für uns ist die ÖVP – ob schwarz, ob türkis, ob wieder schwarz - keine faschistische Partei. Seit der Jahrtausendwende ist aber klar, dass es in der Hauptpartei der österreichischen Bourgeoisie mächtige Gruppen gibt, die bereit sind, einen autoritären Kurs zu steuern. Derzeit gibt es für die herrschende Klasse in Österreich keinen Anlass, den Weg der bürgerlichen Demokratie zu verlassen! (es muss nicht unbedingt Faschismus sein, sondern könnte auch eine Präsidialdiktatur sein, deshalb anders formulieren) Doch selbst die im Vergleich zum Februar 1934 harmlosen Ereignisse am Beginn des Jahrhunderts mit der Bildung der schwarzblauen Bundesregierung im Februar 2000 mit ihren vehementen Angriffen auf die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung („Speed kills“) und ihrer Organisationen (ÖGB und AK) sowie der Diffamierung einer Anti-Regierungsdemonstration mit über 200.000 Teilnehmer*innen als „Aufmarsch der Linkslinken und Alt-68er“ durch den aus nationalsozialistischem Elternhaus stammenden Ex-ÖVP-Kanzler Schüssel, haben die Elastizität der Traditionspartei des österreichischen Kapitals und der Bauern gezeigt.

Die Regierung Schüssel I hat ebenso wie die Regierung Kurz I auf exemplarische Weise gezeigt, was eine Zusammenarbeit der „Enkel“ der beiden in Österreich herrschenden Faschismen bedeutet und welche Dynamik sie annehmen kann.

In beiden Fällen ist es der ÖVP gelungen, ihre eigene arbeiter*innenfeindliche und reaktionäre Politik dadurch zu verschleiern, dass sie ihre FPÖ-„Partner*innen“ von der Leine ließ. Aufgrund der mangelhaften Aufarbeitung der österreichischen Ge-

schichte richtete sich ein verständlicher antifaschistischer „Beißreflex“ von Jugendlichen und Arbeiteraktivist*innen gegen die „Blauen“, die ja durchaus zu Recht über das Scharnier „Verband der Unabhängigen“ VdU als Nachfolger der Nazis und Deutschnationalen definiert werden konnten. Das austrofaschistische Erbe der Volkspartei blieb weitgehend im Dunkel.

Aber auch die FPÖ sehen wir (noch) nicht als faschistisch.



1966: Der gute alte antimarxistische Beißreflex

Ihre Vorgängerorganisation, die Großdeutsche Partei, war maßgeblich am Kampf gegen die Rechte der ArbeiterInnen in der 1. Republik beteiligt. Nach der Machtergreifung der Nazis in Deutschland 1933 schlossen sie ein Bündnis mit der NSDAP und gingen später weitgehend in ihr auf. Fanden sich in der ersten Nachkriegsgeneration von ÖVP-Politiker hochrangige Austrofaschisten, tummelten sich in der Sammelbewegung der ehemaligen Nationalsozialisten ebenso hochrangige Nazigrößen, bin hin zum Land- und Forstwirtschaftsminister der ersten NSDAP-Regierung in Österreich, Anton Reinthaller.

Es ist paradox, dass sich heute diese beiden Parteien, die in unterschiedlicher Intensität antiparlamentarisch und bonapartistisch eingestellt sind und ihre Wurzeln in unterschiedlichen Formen des Faschismus haben, auf Grund ihrer Haltung zur Corona-Pandemie feindlich gegenüberstehen.

2017 hat Sebastian Kurz, durch einen selbstiniizierten innerparteilichen Putsch in der ÖVP ans Ruder gekommen, bewusst eine Koalition mit der FPÖ unter Heinz-Christian Strache gebildet. Der Leim, der diese Regierung zusammenhielt, waren Ausländer*innenfeindlichkeit, die Verachtung des Parlaments, der Wille zum scharfen Abbau von Sozialleistungen und die Aufpeitschung niedriger nationaler („patriotischer“) Instinkte. Der Zerfall der Koalition am 18. Mai 2019 war kein Ergebnis grundlegender politischer Divergenzen. Er war der viel zu plump gezeigten Macht- und Geldgier des FPÖ-Obmannes geschuldet. Dass Kurz dabei gleich die Gelegenheit ergriff, den FPÖ-Innenminister Herbert Kickl abzuservieren, weil dieser begonnen hatte, im geschützten Schrebergarten der ÖVP, dem Innenresort, zu wildern, war ein angenehmer Nebeneffekt.

Gedankenexperimente sind müßig – niemand kann sagen, wie eine türkis-blaue Regierung mit einem Innenminister Kickl auf die Herausforderung der Corona-Krise reagiert hätte. Eines ist gewiss: Egal welche Maßnahmen angeordnet worden wären, die Exekutive hätte sie mit eiserner Faust durchgeführt. Die Erkenntnis Ende Februar 2020, dass es eine Pandemie gibt, die nicht weggeleugnet werden kann, war Wasser auf die autoritären Mühlen der türkisen Clique rund um Kurz. Da wurde mit Verordnungen jongliert, Gesetze im Schnellverfahren ohne ernsthafte Prüfung durch das Parlament geschleust und, auf der ökonomischen Ebene, offene Klientelpolitik betrieben. Wie es Kurz-Intimus Thomas Schmid so richtig ausdrückte: Eine ÖVP-Verwaltung ist die Hure der Reichen. Gleichzeitig wurde die Polizei in den Focus gerückt. Der grüne Gesundheitsminister Rudolf Anschöber wurde zur Randfigur - zur rechten Hand Bastis, des Heilands, stand Innenminister Karl Nehammer.



Hilde Krones (1910-1948) gehörte zur Führung der illegalen Revolutionären Sozialisten und wurde 1948 wegen ihrer linkssozialistischen Positionen durch eine parteiinterne Hetzkampagne in der SPÖ in den Selbstmord getrieben

Nach einigen Schreckminuten positionierte sich die aus der Regierung katapultierte FPÖ im Lager der Coronaleugner, Querdenker und Verschwörungstheoretiker. Etliche Gleichgesinnte waren ihr da schon einen Schritt voraus – die Identitären und die Hardcore-Truppe rund um Gottfried Küssel.

Die Identitären nehmen hier eine besondere Rolle ein, weil sie von ihrer Ideologie her durchaus Bezüge zum Austrofaschismus und damit zu Teilen der VP aufweisen. Es war ein cleverer Schachzug des damals noch sehr jungen Martin Sellner, seinen „klassischen“ Neonazismus mit den dazugehörigen Attributen (vor allem dem Deutschnationalismus) abzulegen und in ein neues, rot-weiß-rot gestreiftes Outfit zu schlüpfen. Nix Schwarzrotgold mehr, jetzt wurde seine Truppe zu „Patrioten“. Es war mehr als ein PR-Gag, als Sellner 2017 Kurz, der permanent von der „Schließung der Balkanroute“ schwadronierte, die Ehrenmitgliedschaft in der IB anbot. Wenn sich die Pandemie gelegt haben wird kann man neugierig sein, in welche Richtung sich die Identitären dann positionieren.

Momentan spielen sie einerseits die Vorgruppe für Kickl, andererseits ist dieser zu gescheit, sich auf einen derartig potenziell unsicheren Bündnispartner zu verlassen. Was Kickl jetzt versucht ist offenkundig: Mit seinem Freiheitsgesülze und dem Rebellenlook testet er aus, wie mobilisierungsfähig er und seine Partei sind. Das war bis jetzt das große Handicap der FPÖ: selbst

wenn sie offen in Richtung Faschismus gehen hätte wollen, fehlte ihr bis dato die dafür notwendige Massenbasis und die Fähigkeit, die Straßen zu erobern.

Hier gibt es die Überschneidung zu den Identitären, die einerseits in die Impfgegnerbewegung ihre Lieblingsthemen „großer Austausch“ und „Great Rreset durch die Globalisten“ einbringen, gleichzeitig damit aber auch Bündnispartner bei christlichen Sekten und im erzkonservativen katholischen Lager gefunden haben. Sie könnten also leicht zum Bindeglied zwischen zwei derzeit noch auseinanderdriftenden reaktionären

Parteien mit autoritären Ambitionen werden.

Und die SPÖ? Sie hat nichts, aber auch gar nichts aus ihrer Geschichte gelernt. Nach wie vor bestimmt das Zurückweichen vor den Attacken des Klassenfeinds ihr Handeln. Längst hat sich die ehemals Sozialdemokratische Arbeiterpartei nennende SPÖ vom Ziel Sozialismus, das sie noch 1932 in völliger Verkennung der Lage mit Parlamentswahlen glaubte, erreichen zu können, verabschiedet.

Nach der Februarniederlage sangen die klassenbewussten Arbeiterinnen und Arbeiter:

*Im Gebrüll der Dollfusskanonen
ging in Trümmer die Demokratie,
sind zerfetzt die Illusionen
einer Klassenharmonie!*

Nach 1945 distanzierte sich der rechte Flügel der neugegründeten SPÖ von diesem Erbe, so wie die aus der Christlich-sozialen Partei hervorgegangene ÖVP ihre austrofaschistische Herkunft verschämt verschwieg. Die aus dem Untergrund zurückgekehrten Kader der Revolutionären Sozialisten wurden bewusst an den Rand oder ganz aus der Partei gedrängt. Im Namen der Sozialpartnerschaft baute die SP-Führung um Renner, Helmer, Schärf und Co. im Bündnis mit der ÖVP den nach den Zerstörungen des imperialistischen Weltkriegs darniederliegenden österreichischen Kapitalismus wieder auf. Hatten die Faschisten aller Couleurs die „Volksgemeinschaft“, die Interessensgleichheit zwischen Kapital und Arbeit unter Führung der besitzenden Klassen, mittels Bajonetten, Stiefeln und Maschinengewehren erzwungen, akzeptierte die SPÖ-Führung nun die Klassenzusammenarbeit zur „Wiedererrichtung“ des Staates – des bürgerlichen Klassenstaates, aber das sagte sie nicht dazu.

Dementsprechend „entsorgte“ die Führung der SPÖ im runden Gedenkjahr 2014 auch das Februar-Gedenken, das für

klassenbewusste Mitglieder der Partei noch immer von Bedeutung ist. In einer gemeinsamen Zeremonie am Zentralfriedhof gedachten SP-Kanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger (ÖVP) der „Opfer für die Freiheit Österreichs“. Spindelegger durfte natürlich auch wieder den alten, verlogenen Sermon von „Dollfuss als eines der ersten Opfer“ der Nazis von Stapel lassen.

Ein Gedenken an die proletarischen Opfer des 12. Februar 1934 und der Zeit danach schließt das Gedenken an ihre Mörder aus. Das Gedenken an die bewusstesten Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich zum ersten Mal in Europa nach den faschistischen Machtergreifungen in Italien und Deutschland dem Faschismus entgegenstellten, heißt eines:

- **Nicht vergeben, nicht vergessen!**
- **Kämpfen wir auch heute gegen den Faschismus in all seinen Formen und das System, das in hervorbringt – den Kapitalismus!**
- **Erst mit dem weltweiten Sieg des Sozialismus findet euer Kampf sein Ende.**



Soeben erschienen:

Das Programm der Gruppe KLASSENKAMPF

Ende 2019 fand die zweite ordentliche Konferenz der Gruppe KLASSENKAMPF (Sektion des CoReP) statt. Auf dieser Konferenz wurde das nun in gedruckter Form vorliegende Programm beschlossen.

Drei Monate nach dieser Konferenz brach die Corona-Pandemie mit voller Wucht über die arbeitende Bevölkerung, die lernende Jugend und die Arbeitslosen herein. Wir konnten diese Krise nicht vorhersagen. Sie hat nichts an der Gültigkeit unseres Programms geändert.

Der Sozialismus, für den wir kämpfen | 96 Seiten | Preis: 10,- €



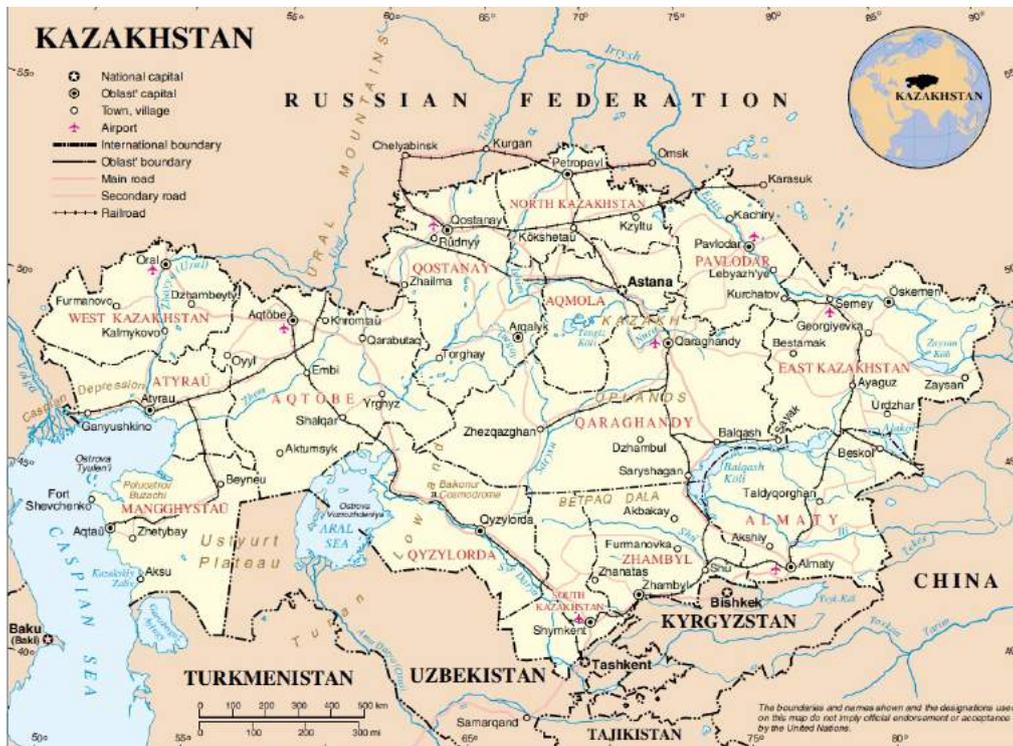
**Die Gruppe KLASSENKAMPF im Internet:
www.klassenkampf.net**

**Kontakt:
gruppeklassenkampf@tutanota.com**

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Gruppe Klassenkampf. Druckort: Wien. Offenlegung nach §25 Mediengesetz: 100%-Eigentümer der periodischen Druckschrift KLASSENKAMPF ist die im Parteienverzeichnis registrierte politische Partei GRUPPE KLASSENKAMPF (früher: Trotzlistische Gruppe Österreichs/TGÖ). Die Partei ist an keinen anderen Medienunternehmen finanziell beteiligt.



Die kasachische Arbeiter*innenrevolte, Bilanz und Perspektiven



Die Klassen kämpfen gegeneinander und die Geschichte geht weiter

Mit der Restauration des Kapitalismus durch die stalinistische Bürokratie in der UdSSR im Jahr 1992, dem einzigen Land, in dem die Arbeiterklasse die Macht ergriffen hatte, jubelte die Bourgeoisie weltweit über ihren Sieg. Wie eine hängengebliebene Schallplatte erklärte sie, dass das Ende der Geschichte gekommen sei: die Arbeiter*innenklasse sei tot, der Klassenkampf gehöre der Vergangenheit an, die Revolution war ohnehin nur ein Betriebsunfall für die Menschheit, die einzige Zivilisation, die die Menschheit kennen werde, wird der Kapitalismus sein. Alle bürgerlichen Ideologen posaunten, dass die Menschheit von nun an eine blühende Welt erwarten würde.

Die weltweite Arbeiter*innenbewegung wurde von diesem historischen Rückschlag stark beeinträchtigt. In den kapitalistischen Ländern haben die tradi-

tionellen Parteien der Arbeiterklasse (mit Labour-, sozialdemokratischem oder stalinistischem Hintergrund) jeden Bezug zum Sozialismus aufgegeben, und ihre zentristischen Satelliten sind noch opportunistischer geworden. Bei den Stalinisten löste die Führung einer der größten "kommunistischen" Parteien, der PCI (KP Italiens), diese sogar auf und fusionierte mit einer Fraktion der Christlich-Demokratischen Partei, die Führung der britischen CPGB trat der Liberaldemokratischen Partei bei. Bei den Zentristen löste sich die französische LCR in der NPA auf, die amerikanische ISO löste sich auf und schloss sich faktisch den DSA-Mitgliedern der Demokratischen Partei an...

Die Praxis des täglichen Lebens zerstört diese Aphorismen vom « Ende der Geschichte ». Die Arbeiter*innenklasse breitet sich über alle Kontinente aus und wächst weltweit zahlenmäßig an. Die Restauration des Kapitalismus hat den Völkern Mitteleuropas, Russlands, Chinas, Vietnams ... und Zentralasiens kaum Vor-

teile gebracht. Wirtschaftskrisen sind nicht verschwunden, im Gegenteil, sie haben 2008 und 2020 sogar eine globale Dimension angenommen. Bewaffnete Konflikte haben nicht aufgehört, sie treten einmal als Bürgerkrieg, dann als Intervention ausländischer Streitkräfte, dann wieder als Mischung aus beidem auf. Imperialistische Mächte kämpfen um die Welt, regionale Mächte um einen Kontinent oder Subkontinent.

Die Umweltzerstörung, die bereits die Austrocknung des Aralsees bewirkt hat, greift in einem immer größer werdenden Ausmaß um sich.

Und die Arbeiter*innenklasse, die arbeitenden Frauen, andere ausgebeutete Klassen, unterdrückte Nationalitäten und Student*innen haben nicht aufgehört, Widerstand zu leisten und zu kämpfen. In den letzten Jahren gab es Massenkämpfe in Algerien, im Sudan, in Hongkong, Ecuador, Kolumbien, Iran, Weißrussland, den USA, Burma, Kuba ... Auch wenn sie keinen ausgeprägten proletarischen Charakter annahmen und sich ohne

nennenswerte Zugeständnisse zu erringen zurückzogen

- außer in Chile, wo die reformistischen Parteien (PCCh, PS) nach wie vor versuchen, die Arbeiter mit einer verfassungsgebenden Versammlung und einer Volksfrontregierung zu täuschen.

Die Bourgeoisie in Kasachstan

Kasachstan, das sowohl an die westchinesische Region Xinjiang als auch an Russland grenzt, hat das Potenzial, im Falle einer proletarischen Revolution das regionale Gleichgewicht zu kippen und



Tokajew: Schießbefehl gegen die protestierenden Arbeiter*innen

aufgrund dieser geostrategischen Bedeutung die Widersprüche zwischen den Imperialisten zu verschärfen. Bisher hatten sich die Regierungen von Nasarbajew (1992-2009) und Tokajew (2009-...) geweiht, sich zwischen den USA, China und Russland zu entscheiden.

Kasachstan zählt wirtschaftlich und geostrategisch zu den wichtigsten Ländern Zentralasiens. Es ist das neungrößte Land der Welt. Es verfügt über Vorkommen an Erdgas, Erdöl, Kohle, Uran (der größte Uranproduzent der Welt), Eisen, Mangan, Chrom, Kalium..... Durch das Land verlaufen zahlreiche Erdöl- und Erdgaspipelines. Es beherbergt die wichtigsten Plattformen für Kryptowährungen.

Der ehemalige stalinistische Bürokrat Nasarbajew, der die Restauration des Kapitalismus in Kasachstan anführte, von 1991 bis 2019 Staatschef war und 2019 zurücktrat, um die Rolle des Vorsitzenden des Sicherheitsrats des Landes zu übernehmen, ist ein typisches Beispiel

für die Oligarchie, die sich in den letzten 30 Jahren an Energie und Mineralien bereichert hat.

Die ehemaligen Bürokraten der UdSSR haben sich im Zuge der kapitalistischen Restauration in eine Kapitalist*innenklasse verwandelt.

Sie ließen die Unterdrückungsapparate der alten stalinistischen bürokratischen Regimes intakt, während sie einen schnellen Prozess der kapitalistischen Restauration einleiteten und allen sozialen Errungenschaften und Rechten den Krieg erklärten. Damit ebneten sie den Weg für Arbeitslosigkeit, Armut und Klassenunterschiede.

Während der Durchschnittslohn bei 570 US-Dollar liegt und viele Arbeiter den Mindestlohn von 97 US-Dollar erhalten, ist es allgemein bekannt, dass die Familie Nasarbajew über ein Nettovermögen von einer Milliarde US-Dollar verfügt und in London Luxusimmobilien im Wert von 107 Millionen US-Dollar besitzt.

Das Proletariat, die Bauernschaft und die Beschäftigten im informellen Sektor haben die Wirtschaftskrise von 2008 und 2020 schmerzhaft zu spüren bekommen und einen hohen Preis in der Covid-Pandemie gezahlt. Arbeitslosigkeit und Inflation haben der Arbeiter*innenklasse schweres Leid zugefügt.

Parallel zu dieser Verschlechterung wurden die demokratischen Rechte vom bürgerlichen Staat methodisch untergraben. Im Jahr 2006 wurden ein Dutzend islamistischer Organisationen und die kurdisch-nationalistische PKK verboten. Im Jahr 2015 wurden Streiks verboten, Gewerkschaften und Arbeiter*innenpar-

teien aufgelöst. Es gibt noch sieben politische Parteien, die alle das herrschende Regime unterstützen. Vereinigungen, die von westlichen imperialistischen Ländern unterstützt werden, spielen die Karte der Feindseligkeit gegenüber China und Russland.

Anfang der 2000er Jahre kam es zu einem großen Streik der Bergarbeiter- und Ölarbeiter*innen. Bei diesen Streiks überwogen soziale und politische Aspekte gegenüber den wirtschaftlichen Forderungen. Die zentrale Forderung bestand in der Enteignung der Unternehmen im Ölsektor. Kommunistische oder linke Gruppen hatten keinen Einfluss auf diese Streiks. Als die Bergarbeiter 2011 streikten, schlug die kasachische Bourgeoisie mit Staatsterror zurück und ließ bei Demonstrationen in Janaozen (im Westen) auf die Arbeiter*innen schießen. Dutzende Arbeiter verloren ihr Leben, Hunderte wurden verletzt. Doch einige Arbeiter*innen zogen ihre Lehren daraus und sie reorganisierten sich wahrscheinlich im Geheimen.

Ein Aufstand mit proletarischem Ursprung

Anfang Januar 2022 erschütterte der Aufstand der arbeitenden Klassen in Kasachstan den bürgerlichen Staat bis in seine Grundfesten. Die kasachischen Machthaber, unterstützt von den imperialistischen Nachbarregierungen Russlands und Chinas, argumentierten, die Bewegung sei von außen geschürt worden, entweder von der mächtigsten imperialistischen Regierung, den USA, oder von Islamisten mit Verbindungen nach Afghanistan oder Syrien.

Dennoch, dieser Aufstand hat einen sozialen und klassenmäßigen Charakter. Er findet vor dem Hintergrund der unaufhörlichen militanten Kämpfe der Arbeiter*innenklasse gegen die Zerstörungen statt, die durch die Restauration des Kapitalismus seit 1992 verursacht wurden, gegen die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes, gegen die Aneignung des Reichtums durch eine Kompradorenbourgeoisie ("Oligarchen"), die aus der ehemaligen stalinistischen Bürokratie hervorgegangen ist, gegen die Einschränkung der demokratischen Freiheiten und den Despotismus des Regimes.

Es ist die Arbeiterinnen*klasse, die diese politische Krise ausgelöst hat.

Am 2. Jänner gingen die Ölarbeiter in Janaozen auf die Straße und blockierten die Straßen gegen die Erhöhung der Preise für Erdgas, das als Kraftstoff und auch zum Heizen dient (seit 2019 gibt die Regierung die Preise frei). Am 3. Jänner forderten die Demonstranten in Janaozen auch die Wahl der lokalen Amtsträger (die von der Regierung ernannt werden).

Die Proteste weiteten sich am 3. und 4. Jänner auf das ganze Land aus: auf Aqtaw, die Hauptstadt Nursultan, die größte Stadt Almaty (früher Alma-Ata), Schymkent, Manguistau... Alle Öl- und Gasförderstätten, Kohle- und Kupferminen waren betroffen. Am 4. Januar streikten die Beschäftigten des Ölunternehmens Tengizchevroil, dem größten des Landes, dessen Kapital zu 75% US-amerikanischen Unternehmen gehört. Das Besondere an diesem Unternehmen war, dass 40.000 Arbeiter*innen in einer ganzen Kette von Entlassungsplänen gekündigt werden sollten. Arbeiterkomitees forderten die Stabilisierung der Energie- und Lebensmittelpreise, eine Lohnerhöhung um 100 %, bessere Arbeitsbedingungen und das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren (Koalitionsrecht).

Arbeitslose und Angestellte nahmen in großer Zahl an den Demonstrationen teil. Die Slogans waren meist auf Kasachisch, neben Russisch die wichtigste Sprache des Landes (aus der türkischen Sprachfamilie). Die Losung, die bei allen Demonstrationen wiederholt wurde, war: "Sahl, ket!" ("Hau ab, alter Mann!"), die sich gegen das von Nasarbajew eingeführte und von Tokajew fortgeführte System richtete. Die Forderungen waren je nach Ort sehr unterschiedlich: bessere Löhne, ein niedrigeres Renteneintrittsalter, das Recht, Gewerkschaften zu gründen und zu streiken, der Rücktritt des Staatspräsidenten und aller mit Nasarbajew verbundenen Amtsträger, die Wiederherstellung der Verfassung von 1993, die Freiheit, Parteien zu gründen (die Regierungspartei ist Nur Otan, das Wahlgesetz hindert die meisten anderen daran, an Wahlen teilzunehmen), die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Beendigung jeglicher Repressionen.

Lumpenproletarische Elemente nutzte die Unruhen, um zu plündern. Es ist wahrscheinlich, dass sich Islamisten un-

ter die Proteste mischten. Die Regierung sprach von zwei enthaupteten Polizisten: Wenn das stimmt, was nicht sicher ist, wäre das ein Beweis für die Beteiligung dieser konterrevolutionären Organisationen.

Blutige Unterdrückung unter der Führung von Tokajew

Die kasachische Regierung kappte landesweit die Internetzugänge, verhaftete Journalist*innen und befahl den Sicherheitskräften, ohne Vorwarnung auf die Arbeiter zu schießen.

Auf den Kampf und die Forderungen der Arbeiter*innenklasse reagierten die kasachischen Oligarchen mit einem fürchterlichen Staatsterror.

Die Arbeiter*innen hingegen wussten dank aufbauten. Sie bewaffneten sich, indem sie Waffenläden plünderten, und innerhalb der Polizei und des Militärs

weigerten sich einige Abteilungen, auf die Demonstrant*innen zu schießen, oder schlossen sich ihnen an.

Die kapitalistischen amerikanischen Konzerne - die Ausbeuter der lokalen ArbeiterInnen - riefen zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf. Die chinesische Regierung billigte die Unterdrückung. Der weißrussische Staatschef Lukaschenko forderte die Arbeiter*innen in Kasachstan auf, vor der Armee niederzuknien und um Vergebung zu bitten.

Tokajew gelang es nicht, sich selbstständig aus der Krise zu befreien und bat die OVKS (die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit), die unter der Führung Russlands gegründet wurde und Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan umfasst, um militärische Unterstützung gegen den von den USA ausgeübten militärischen Druck (und den wachsenden Einfluss Chinas).

Am 6. Januar entsandten Russland, Armenien und Weißrussland Truppen,

um das Regime zu retten. Auch wenn die russische Armee nicht unterdrückerisch eingriff, trug sie zur Rückkehr zur bürgerlichen Ordnung bei und festigte so das Regime für eine Weile.

Der Hauptgrund für das frühe Eingreifen der OVKS zur Niederschlagung des Aufstands war die Furcht Putins und der Nachbarregierungen vor einem möglichen Übergreifen des Aufstands auf ihre eigenen Länder und das Bewusstsein, dass die entstandene Radikalität der Arbeiter*innen das Potenzial besitzt, den Weg für die Oktoberrevolutionen des 21. Jahrhunderts zu ebnen. Ein weiteres Motiv ist, dem Einfluss der USA, Chinas und der Türkei entgegenzuwirken.

Tokajew machte den Clan des 81-jäh-

rigen Nasarbajew verantwortlich, baute am 5. Januar die Regierung um, entließ mehrere Minister oder Beamte, die mit dem alten Staatschef verbunden waren und



ersetzte den Sicherheitsrat durch diese Regierung. Einige Minister wurden sogar verhaftet. Das Internet wurde wieder freigeschaltet und die Erhöhung der Gaspreise rückgängig gemacht.

Nach offiziellen Angaben des kasachischen Staates, der keine Beweise für eine ausländische Intervention vorlegte, wurden 225 Menschen getötet und 12 000 festgenommen (International Crisis Group, 14. Jänner).

Die revolutionären Aufgaben des Proletariats

Seit über 20 Jahren hat die Arbeiter*innenklasse Kasachstans (insbesondere die Berg- und Ölarbeiter) wichtige Kampferfahrungen gesammelt. Sie hat ihr Wissen um Selbstorganisation in eine Tradition verwandelt. Und auch heute hat sie der Welt gezeigt, dass sie in der Lage ist, mit Hilfe von Arbeiter*innenkollektiven einen Generalstreik zu organisieren, den Kapitalismus in Kasachstan lahmzulegen, sowie ihre Fähigkeit, ihre

Selbstverteidigung gegen den Staatsteror zu organisieren.

Sie konnte jedoch nicht die Macht übernehmen und wurde erneut niedergeschlagen, mit Hilfe des russischen Imperialismus, der Zustimmung des chinesischen Imperialismus und zur Erleichterung des US-Imperialismus.

Es geht um die Frage der revolutionären Führung der Klasse, um die Frage des revolutionären Programms. Der Arbeiter*innenklasse Kasachstans gelang es, den bürgerlichen Staat zu destabilisieren, aber sie war nicht in der Lage, sich an die Spitze aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu stellen, um ihre Macht zu errichten, sie hatte keine Zeit, sich an die Wehrpflichtigen der OVKS-Truppen und die Nachbarvölker zu wenden, um eine konterrevolutionäre Einmischung zu verhindern.

In der Epoche des der Fäulnis preisgegebenen Kapitalismus ist die Bourgeoisie unfähig, auf die demokratischsten Forderungen einzugehen, hat aber kein Problem damit, die Armeen anderer Länder einzuladen, um diese zu ersticken. Daher findet selbst die Frage, wie die demokratischsten Forderungen der Arbeiter*innenklasse durchgesetzt werden können, ihre Lösung in der proletarischen Revolu-

tion. Diese muss jedoch den Fallstricken der "demokratischen" oder islamisch-faschistischen Bourgeoisie entgehen.

Die einzige Kraft, die die Zukunft des Landes und Zentralasiens bestimmen muss, ist die Arbeiter*innenklasse. Sie braucht eine revolutionäre Massenpartei, die nur auf der Grundlage des Marxismus und in Verbindung mit der Avantgarde in der Region und auf der ganzen Welt aufgebaut werden kann.

- Auflösung aller Unterdrückungskräfte der Tokajew-Oligarchie! Ersetzung durch Arbeiter*innen- und Volksmilizene! Alle ausländischen Truppen raus aus Kasachstan!

- Freiheit für alle politischen Gefangenen! Streikrecht, Recht auf freie Meinungsäußerung, Demonstrationsrecht, das Recht, Gewerkschaften oder politische Parteien zu gründen - alle demokratischen Rechte müssen gewährleistet werden!

- Gleitende Skala der Löhne und Gehälter! Verkürzung der Arbeitszeit bis zur Einstellung aller Arbeitslosen ohne Lohnkürzung!

- Enteignung der Fabriken, aller Bergwerke und aller natürlichen Ressourcen,

der Banken, der Kommunikationsdienste unter Arbeiterkontrolle! Enteignung der gesamten in- und ausländischen Großbourgeoisie!

- Gleichberechtigung der Frauen! Kriminalisierung von häuslicher Gewalt gegen Frauen!

- Bildung von Räten aus städtischen Arbeiter*innen, Wehrpflichtigen, arbeitenden Bauern, Student*innen an Arbeitsplätzen, in Schulen, Wohnvierteln, in der Armee, in den Dörfern, im ganzen Land!

- Arbeiter*innen- und Bauernregierung! Räte-Föderation von Zentralasien!

- Aufbau der revolutionären Partei der Arbeiter*innenklasse durch die bestehenden kommunistischen Kerne um das marxistische Programm!

- Internationale Solidarität mit den Arbeiter*innen Kasachstans durch alle Arbeiterorganisationen, angefangen mit denen der Länder der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit!

Kollektiv Permanente Revolution (CoReP)

Frankreich, Österreich, Spanischer Staat, Türkei

Das CoReP und seine Sektionen im Internet www.revolucionpermanente.com

Gruppe KLASSENKAMPF

<https://www.klassenkampf.net>

Internaciema Kolektivista Cirklo

<https://www.ikcirklo.org/>

Patronsuz Dünya

<https://www.patronsuzdunya.com/>

Groupe Marxiste Internationaliste

<https://groupemarxiste.info/>

Die Arbeiter können natürlich im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen. (...)

Aber sie selbst müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteistellung sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irremachen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.

Karl Marx, Friedrich Engels, Jänner 1850





Schluss mit der kriminellen Politik der europäischen Staaten gegenüber Migrant*innen

Die abgewirtschaftete Bourgeoisie sucht nach Sündenböcken

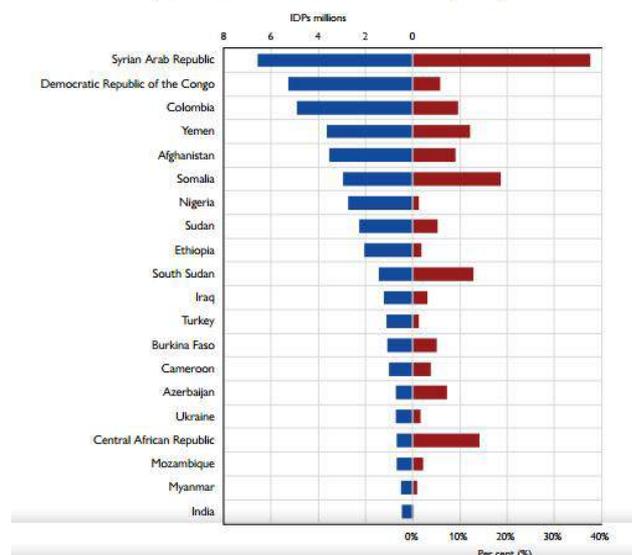
Mit den weltweiten Wirtschaftskrisen im ausgehenden 20. Jahrhundert und dem Wiederaufleben der Massenarbeitslosigkeit haben sich in den imperialistischen Zentren die verschwörungstheoretischen, nationalistischen und rassistischen Tendenzen erheblich verstärkt. Tendenzen, die auf die eine oder andere Weise das Fremde als Sündenbock und Schuldigen für die Verschlechterung der Lage hinstellen: "chinesischer Virus", "kosmopolitische Finanz", "Europa", Einwanderer, Muslime ...

- Die "demokratischen" Parteien der Bourgeoisie: RP in den USA, CP in Großbritannien, CDU-CSU in Deutschland, LR in Frankreich, PiS in Polen, FIDESZ-MPP in Ungarn, PP in Spanien, ÖVP in Österreich ... sind noch nationalistischer und reaktionärer geworden;
- Fremdenfeindliche bürgerliche Parteien: Vox in Spanien, Lega in Italien, RN in Frankreich, Reform UK (ehemals UKIP) in Großbritannien, FPÖ in Österreich, PVV in den Niederlanden, AfD in Deutschland, NVA in Belgien ... sind rechts von ihnen aufgetaucht;
- Faschistische Gruppen greifen erneut Migrant*innen, Minderheiten und Arbeiter*innenorganisationen in den USA und in Europa an.
- Die Kampagne, die 2016 für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU geführt wurde, war ein Beispiel für diese widerliche Demagogie. Der Boris-Johnson-Flügel der Konservativen Partei und Nigel Farage's UKIP zielten auf die Einwanderung aus Zentraleuropa ab und gaben der EU die Schuld am verheerenden Zustand des öffentlichen Gesundheitssystems (verursacht durch die früheren britischen Regierungen).

Der größte Teil der Menschen, die durch Umweltkatastrophen, Dürre, Krieg, Hunger, Verfolgung und Elend vertrieben wurden, zieht in andere Regionen ihres Staates oder in einen benachbarten Staat, der oft selbst unterentwickelt ist.

Beispielsweise ist die Mehrheit der aus Birma geflüchteten Rohingya nach Bangladesch geflohen, die meisten Vertriebenen aus der DR Kongo blieben im Land, der Großteil der arabischen und kurdischen Geflüchteten aus Syrien hält sich nach wie vor in Syrien auf oder sie sind nach Jordanien, in den Libanon oder die Türkei geflohen, die Mehrzahl der Emigrant*innen aus Kolumbien und Venezuela lebt in Lateinamerika, viele

Figure 18. Top 20 countries with the largest populations of internally displaced persons by conflict and violence at the end of 2020 (millions)



Source: IDMC, 2021.

Notes: IDP populations refer to the accumulated number of people displaced over time. The population size used to calculate the percentage of conflict IDPs is based on the total resident population of the country per UN DESA population estimates (2021a).

Internationale Organisation für Migration (UN), Migration und Migranten in der Welt, 1. Dezember 2021

äthiopische Staatsangehörige ziehen derzeit nach Eritrea und in den Sudan weiter. Eine Minderheit versucht ihr Glück, indem sie versucht, in die imperialistischen Zentren zu gelangen, manchmal, um bei Verwandten unterzukommen

Jeden Monat sterben in der Wüste im Süden der USA, in den Wäldern Zentraleuropas, in der Karibik, im Ärmelkanal, im Atlantik vor den Kanaren und vor allem im Mittelmeer Geflüchtete, die Opfer von Kriegen sind, die von den Großmächten oder ihren Verbündeten verursacht oder betrieben werden. Es sterben Arbeiter*innen, die durch die vom globalen Kapitalismus verursachte Zerstörung ihrer traditionellen Lebensgrundlagen und die Plünderung ihrer natürlichen Ressourcen verarmt sind.

Die Europäische Union und Großbritannien treten demokratische Prinzipien mit Füßen

Das Kapital zirkuliert ungehindert. Großkapitalist*innen aller Nationalitäten, die mit Yachten und Privatjets unterwegs sind, werden überall mit offenen Armen empfangen.

Im Gegensatz dazu schränken die meisten Staaten, selbst

diejenigen, die sich als demokratisch bezeichnen, die Bewegungsfreiheit von Ausländer*innen ein, wenn diese arm sind. Sie werfen sie in Internierungslager, obwohl sie nichts Falsches gemacht haben. Sie errichten Stacheldraht und Mauern. Andere Staaten benutzen Migrant*innen als Druckmittel, um Sanktionen aufzuheben (Weißrussland), ein Gebiet zu kontrollieren (Marokko) oder Geld zu bekommen (Türkei). Zu den zahlreichen nationalen Armeen, Polizei- und Zollbehörden fügte die Europäische Union 2004 mit Frontex eine Truppe hinzu, die speziell für die Zurückweisung von Migrant*innen konzipiert wurde. Macron, der sich auf die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft vorbereitet, fordert, den Schengen-Raum einzuschränken und Frontex zu stärken, damit "Europa seine Grenzen zu schützen weiß", also um Migrant*innen den Zugang besser verwehren zu können. Derzeit lassen das Vereinigte Königreich und Frankreich, die sich um die Fischgründe streiten, die Menschen, die den Ärmelkanal überqueren wollen, sterben. Macron schickt die Polizei los, um die Lager der Migrant*innen zu zerstören, während Johnson das noch restriktivere Gesetz "Nationalität und Grenzen" (Nationality and Borders Bill, 13. Dezember) verabschieden lässt.

in britischen Gewässern, ruft die Briten an. Wir riefen die Briten an, sie sagten uns, wir sollten die Franzosen anrufen" (Independent, 29. November; Le Monde, 10. Dezember). Vergeblich, 27 Menschen starben.

Die französische Regierung unter Macron-Castex beschuldigte daraufhin die Schlepper*innen, die Regierung Johnson hingegen beschuldigte den französischen Staat die Überfahrten nicht zu verhindern. Tatsächlich ist der Beruf des Schleppers/der Schlepperin ein Produkt dieser Migrationspolitik und der damit einhergehenden Verschärfung der staatlichen Kontrollen. Das Überschreiten der Grenzen wird dadurch immer lebensgefährlicher.

Ob hier oder anderswo geboren - eine einzige Arbeiter*innenklasse!

Angesichts der wachsenden staatlichen Repression, die Migration nicht verhindert, sondern in jedem Land die Arbeiter*innenklasse spaltet und schwächt, ist es die Verantwortung der Parteien, die aus der Arbeiter*innenklasse hervorgegangen sind und der Gewerkschaften, für die Einheit des Proletariats zu kämpfen, ob Staatsangehörige oder Ausländer*innen, mit oder ohne Papiere, unabhängig vom Glauben.

Aufenthaltstitel für alle Geflüchteten, ausländischen Werktätigen und Studierenden, die sich dauerhaft in einem Land aufhalten!

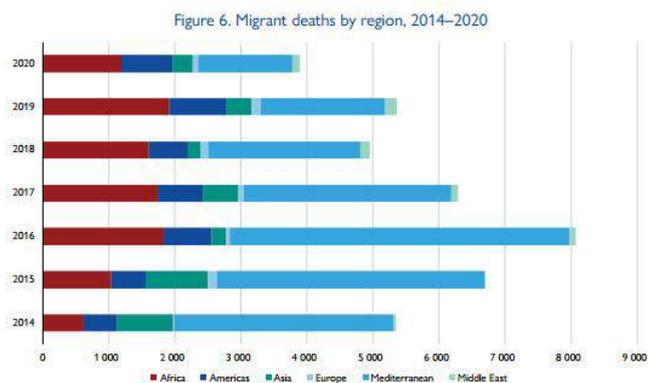
Gleiche Rechte für alle Arbeiter*innen, die sich in einem Land aufhalten!

Sofortige Schließung aller Abschiebegefängnisse für Ausländer*innen

Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit für Geflüchtete, Arbeiter*innen und Studierende, wo immer sie wollen!

Diese Forderungen können nur von Arbeiter*innenregierungen erfüllt werden, die als einzige in der Lage sind, den Kapitalismus zu stürzen, die Wirtschaft in die Hände der Produzent*innen zu übergeben und die sozialistischen Vereinigten Staaten von Europa als Schritt zum Weltsozialismus zu errichten.

Kollektiv Permanente Revolution
Ende Dezember 2021



Source: IOM, n.d. (accessed 20 September 2021).
Note: Data include recorded deaths as well as those reported as missing. See the Missing Migrants Project webpage for details of methodology and geographic regions (<https://missingmigrants.iom.int/>).

Internationale Organisation für Migration (UN), Migration und Migranten in der Welt, 1. Dezember 2021 - Zahl der Todesfälle von Migrant*innen nach Weltregionen

Am 24. November benutzten Migrant*innen ihre Telefone, um Hilfe zu rufen, als ihr Schlauchboot zu sinken drohte... In einem am 29. November veröffentlichten Video erklärt einer der beiden Überlebenden, Mohammed Shekha Ahmad aus dem irakischen Kurdistan: "Wir haben die französische Polizei angerufen und unseren Standort gesendet. Sie sagten uns: Ihr seid



Folgt uns auf Instagram!
gruppeklassenkampfc0rep



Dardanel: Der Fisch stinkt vom Kopf her

Das Internetportal unserer türkischen Genoss*innen „Patronsuz Düny“, veröffentlichte den anonymen Brief einer Arbeiterin in der türkischen Fischfabrik Dardanel vom 6. November 2021. Er zeigt die empörenden Bedingungen, unter denen die Frauen in diesem „Musterbetrieb“ in Çanakkale schufteten müssen. Insgesamt arbeiten 1.000 Menschen in der Fabrik.

Das Unternehmen wurde bereits wenige Monate nach Ausbruch der Corona-Pandemie öffentlich kritisiert, nachdem ein „Arbeitssystem mit geschlossenem Kreislauf“ eingeführt wurde, das bei 40 Arbeiter*innen nachweislich zu einer Covid-Infektion führte. Die Beschäftigten müssen in diesem System tagsüber arbeiten und nachts in „Quarantäneschlafsälen“ der Fabrik nächtigen. Also – einerseits nah beieinander arbeiten, andererseits nachts in Massenquartieren schlafen. Teil des „geschlossenen Kreislaufs“ sind bis zu 100 unbezahlte Überstunden im Monat – wer diese verweigert, fliegt auf die Straße.

Die Arbeiterin berichtet in ihrem Brief, dass Dardanel Werbevideos drehen ließ, die „glückliche“ Frauen bei der Arbeit zeigten und sich als frauenfreundlicher Betrieb präsentierte. Doch die Wirklichkeit ist ganz anders. Die Türkei ist das Land mit dem höchsten Anteil von Frauen an der arbeitenden Bevölkerung. Die Frauen sind zugleich die entrechtete und ausgebeutete proletarische Schicht. Bei Dardanel werden die Frauen auf unwürdige Weise behandelt und von ihren Vorgesetzten gedemütigt und herabgesetzt. "Es gibt Kameras in den Umkleieräumen und den Toiletten", sagte sie. "Die Toiletten werden während der Arbeitszeit versperrt. Die einstündige Pause, die uns laut Gesetz nach fünf Stunden Arbeit zusteht, wurde mit dem Argument gestrichen, dass sich damit die Corona-Pandemie ausweiten würde. Aber fast ohne Abstand nebeneinander arbeiten ist OK“, schreibt die Arbeiterin zornig. „Nicht einmal Wasser oder Tee wird während der Arbeitszeiten gratis zur Verfügung gestellt – das müssen sich die Arbeiterinnen und Arbeiter in der Kantine organisieren.



Hier bleibt einem der Fisch nicht wegen der Gräten im Halse stecken ...

Der Kantinenfraß wird immer teurer, oft krabbeln Insekten auf dem Essen herum. Das alte und schmutzige Öl, das in der Küche verwendet wird, führt bei vielen Beschäftigten nach dem Essen zu Bauchkrämpfe und Brechreiz.“

Wen wundert es, dass im „Musterbetrieb“ die Hygienemaßnahmen ein schlechter Witz sind. Die Toiletten sind ständige verschmutzt, auch in den Produktionshallen fällt der Schimmel von Decken und Wänden. Verdorbene Ware wird aufgehübscht, neu verpackt und kommt wieder in den Verkauf.

Die Arbeiter dürfen während der Arbeit nicht miteinander kommunizieren – das wird bei den Arbeiterinnen besonders brutal durchgesetzt. Wer redet, kann entlassen werden. Fotografieren ist klarerweise streng verboten; Lohnabzüge stehen auf der Tagesordnung, z.B. wenn die Frauen auf die Uhr schauen. Wenn man eine Minute zu früh ausstempelt, werden zwei Stunden Arbeitszeit abgezogen.

Die Arbeiterin macht in ihrem Brief auch auf die Notlage der syrischen, kurdischen und Roma-Arbeiterinnen auf-

merksam, die nicht einmal versichert seien. Wenn Arbeiter oder Arbeiterinnen einen Unfall haben, werden sie nach Hause geschickt, statt zu einem Arzt. Viele, die entlassen werden, werden gleich darauf als „Subunternehmer*innen“ wieder eingestellt, komplett ohne Versicherung und Rechte. „Reguläre“ Arbeitskräfte etwa bekommen in den Abfüllstraßen, in denen mit Gabelstaplern gearbeitet wird, Stahlkappenschuhe – „Subunternehmer“ hingegen nicht. Arbeitsunfälle gehören zum Alltag, da die Böden ölig sind. Bei der Reinigung mit ätzenden Substanzen entstehen giftige Dämpfe, denen die Arbeiter*innen schutzlos ausgesetzt sind.

"Das Unternehmen weiß, dass es Arbeiter*innen einfach entlassen kann, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Sie verhindern eine gewerkschaftliche Organisierung, indem sie sie nach maximal vier Monaten entlassen (und sich an Gewerkschaftsvertreter wenden dürfen), damit die Arbeiter*innen sich nicht kennenlernen und keine Solidarität untereinander entwickeln können", schreibt sie.

Zur Situation im Spanischen Staat

Bemerkenswert: Trotz der islamistischen AKP-Regierung, die konsequent die Interessen der Herrschenden vertritt, gibt es für gläubige Arbeiter*innen, , nicht einmal einen sauberen Gebetsraum. Wer die rituellen islamischen Gebete durchführen möchte, muss sich irgendwo Kartonreste besorgen, auf die er oder sie sich in den Umkleideräumen knien kann.

In einem im Juli veröffentlichten Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) wurde die Türkei als eines der 10 schlimmsten Länder bezüglich der Arbeitsrechte bezeichnet (in einem Ranking von 149 Staaten). Die Türkei wird als ein Land eingestuft, in dem es "keine Garantie für Arbeitsrechte" gibt, was bedeutet, dass die Gesetzgebung zwar bestimmte Rechte vorschreibt, die Arbeiter*innen aber effektiv keinen Zugang zu diesen Rechten haben und daher unfairen Arbeitspraktiken ausgesetzt sind.

Quellen: Patronsuz Dünya/Stockholm Center for Freedom/evrensel daily

Diskutier mit uns beim ROTEN TISCH

Jeden zweiten Dienstag treffen wir uns zum ROTEN TISCH, um in lockerer Atmosphäre mit interessierten Genoss*innen über aktuelle politische Themen zu diskutieren.

Wir treffen uns in der
Zypresse
Westbahnstraße 35 A
1070 Wien
(erreichbar mit den
Straßenbahnlinien 5 und 49
sowie U6 Burggasse)

Die Themen und die Beginnzeit findet ihr auf unserer Homepage.

Während der Corona-Pandemie verlegen wir unsere Treffen gegebenenfalls in den Cyberspace. Wir verwenden dazu die quelloffene Lösung Jitsi, für die keine Programme auf dem PC installiert werden müssen!

Der folgende Text ist der Redebeitrag einer Genossin des IKC (Sektion des CoReP im Spanischen Staat) auf einer Sitzung des Internationalen Büros des CoReP im Herbst vergangenen Jahres. Er ist die Grundlage für das Editorial der letzten Ausgabe der Zeitung unserer Genoss*innen im Spanischen Staat.

Genoss*innen,

Mein Redebeitrag ist eine Zusammenfassung der Analyse des IKC zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Situation im Spanischen Staat sowie zum Vorgehen der Regierung von Pedro Sánchez, einer Koalitionsregierung aus PSOE, Izquierda Unida und Podemos. Eine bürgerliche Regierung, allerdings ohne Mitglieder der bürgerlichen Parteien und zum ersten Mal seit dem Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1939 mit zwei Ministern der Kommunistischen Partei Spaniens.

- Im Moment ist der gesundheitliche Rahmen der einer sehr kontrollierten Pandemie, bei der mehr als 70 % der Bevölkerung freiwillig geimpft sind,
- kein obligatorischer COVID-Pass und
- keine größeren Spannungen in Bezug auf Schutzmaßnahmen wie Masken in geschlossenen Orten usw.

Nachdem das Land zu den europäischen Ländern mit dem stärksten BIP-Rückgang im Jahr 2020 gehörte, hat sich die wirtschaftliche Dynamik in den letzten Monaten deutlich erholt, wird aber durch große Probleme in der Lieferkette und eine galoppierende Inflation bei den Gas- und Strompreisen belastet.

Die Bank von Spanien schätzt, dass mehr als ein Drittel der Unternehmen ernsthafte Lieferprobleme hat, nicht nur bei Chips, sondern auch bei Metallkomponenten und Kunststoffen. Bei allen Automobilherstellern kommt es zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen. In den letzten Wochen kam es auch im Baugewerbe zu ernsthaften Versorgungsproblemen. Darüber hinaus ha-

ben viele stromintensive Unternehmen, angefangen bei der landwirtschaftlichen Düngemittel- und der Stahlindustrie, mehrwöchige Betriebsstilllegungen angekündigt, da sie den Anstieg der Strompreise um mehr als 400 % innerhalb weniger Monate nicht verkraften können.

Arbeitsreformen, Mindestlohn, Subventionen, Migranten, Beschäftigung, Renten

Die statistische Verbesserung der Beschäftigungslage hat nicht zu einer realen Verbesserung des Lebens der arbeitenden Massen geführt:

- Es gibt dreieinhalb Millionen Arbeitslose, von denen nur zwei Millionen Unterstützungen erhalten;
- Hochwertige Arbeitsplätze in der Industrie und im Dienstleistungssektor, darunter Zehntausende im Bankensektor, werden regelmäßig vernichtet. Diese Arbeitsplätze werden zunehmend durch prekäre Verträge ersetzt;
- Die Kaufkraft der Löhne und Renten geht täglich zurück, und die durchschnittliche Inflation lag im September bereits bei 4 %. Diese Zahl spiegelt jedoch nicht die Tatsache wider, dass die Mieten in den letzten fünf Jahren um 40 % und die inländischen Strompreise innerhalb von neun Monaten um 45 % gestiegen sind und in naher Zukunft weiter steigen werden.
- Armut und Ernährungsunsicherheit haben nicht abgenommen.
- Überfüllte Wohnungen und Zwangsräumungen von Familien sind auf dem Vormarsch.

In den zwei Jahren ihres Bestehens

hat die Regierung von Pedro Sánchez nicht wie versprochen die Arbeitsreformen aufgehoben, die die Rechte der Lohnabhängigen auf ein Minimum reduziert und eine weit verbreitete Prekarisierung geschaffen haben. Die Verpflichtung zur Erhöhung des Mindestlohns ist für 2022 auf einem so lächerlichen Niveau geblieben (15 Euro pro Monat), dass selbst die unterwürfigen Gewerkschaftsbürokratien der UGT und der CCOO sich dafür schämen.

Das "Starprodukt" von Podemos, der "existenzsichernde Lohn", hat sich als schlechter und restriktiver erwiesen als die sozialen Schutzinstrumente, die in vielen lokalen Gemeinden bereits bestehen.

Migranten, darunter auch Minderjährige, werden weiterhin als Kriminelle behandelt und nach Marokko zurückgeschickt.

Darüber hinaus bereitet die Regierung - die sich selbst als "die fortschrittlichste in der Geschichte" bezeichnet - einen neuen Angriff auf das öffentliche Rentensystem vor. Der Gesetzentwurf sieht eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters vor (derzeit liegt es bei 67 Jahren und soll auf 70-75 Jahre angehoben werden). Außerdem plant sie, die realen Renten zu kürzen, indem sie den Vorruhestand weiter durch Abschläge bestraft. Aber sie geht viel weiter als alle bisherigen Reformen: Sie konzentriert sich auf den Öffnung für private Fonds in das derzeitige Umlagesystem. Sie ebnet aktiv den Weg für den alten Traum der Bourgeoisie, das öffentliche Rentensystem zu zerschlagen, um den Privatbanken ein ungehindertes breites Betätigungsfeld zu eröffnen.

Katalonien

Auch im Hinblick auf eine demokratische Lösung des Katalonienkonflikts sind keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen: Sánchez hält an der politischen Verfolgung des im Exil lebenden Präsidenten Carles Puigdemont fest und hat sich darauf beschränkt, neun führende Gefangene teilweise und unter Auflagen zu begnadigen. Aber mehr als 3.000 katalanische Aktivisten, die in die Ausrufung der « katalanischen Republik » hineingezogen wurden, sind dem spanischen Justizsystem, seinen repressiven Gesetzen

und reaktionären Richtern ausgeliefert.

Der derzeitige institutionelle Frieden zwischen der spanischen und der katalanischen Regierung ist nicht auf das Handeln der Regierung von Pedro Sánchez zurückzuführen, sondern auf die Bereritschaft der katalanischen Regierung, Hand in Hand mit den beiden Parteien,



Titelseite der letzten Ausgabe der Zeitung unserer Genoss*innen im Spanischen Staat

die die verschiedenen Fraktionen der katalanischen Bourgeoisie vertreten, vor der Zentralregierung und der Monarchie zu Kreuze zu kriechen.

Elektrizitätspreise und Energieoligopol

Nahezu täglich steigen die Strompreise, was sich zusätzlich zu den Auswirkungen der steigenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise bemerkbar macht. In den ersten neun Monaten des Jahres stiegen die Stromrechnungen der Haushalte trotz der vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuer um 45 %.

Bis September, als die arbeitenden Familien am stärksten betroffen waren, beschränkte sich die Regierung darauf zu sagen, dass es sich um ein sehr kurzfristiges Problem handele, und die Verteilerunternehmen um "Empathie" (sic) zu bitten oder, bereits im Juni, die Mehrwertsteuer vorübergehend zu senken.

Die Entscheidung zu intervenieren wurde erst ernst genommen, als im September die unkontrollierten Energieprei-

se wichtige Sektoren der Bourgeoisie betrafen und Unternehmen zu schließen begannen, weil sie die Stromkosten nicht mehr decken konnten.

Die offizielle Erklärung für das von der Regierung angenommene Endesa-Iberdrola-Naturgy-Triopol ist der internationale Anstieg des Gaspreises und damit der CO2-Emissionsrechte (die nichts anderes als eine europäische Steuer sind) aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs. Es gibt keine schlimmere Lüge als eine Halbwahrheit. Zwar handelt es sich hierbei um ein globales Phänomen, doch hat sich das Netz der so genannten Grenztarife, die von den Unternehmen selbst entworfen wurden, allmählich gelockert.

Mit diesen Tarifen wird dem Verbraucher der Preis für die teuerste Produktionsmethode, heute Gas, auferlegt. Da nur 27 % des Stroms aus Gas erzeugt werden, erwirtschaftet der auf andere, billigere Weise erzeugte Strom (73 % des Gesamtstroms) außerordentliche Gewinne in dem Maße, wie Gas teurer wird. Es spielt keine Rolle, dass Millionen von Haushalten in die Energiearmut getrieben werden und Unternehmen ruiniert werden.

Das Oligopol ist nicht bereit, sich die Chance auf jeden Euro Gewinn entgehen zu lassen. Im Hochsommer und während der Trockenzeit leeren sie heimlich und ungestraft die Sümpfe, um die Differenz zwischen den Kosten der billigen Wasserkraftproduktion und dem hohen Verkaufspreis weiter hoch zu halten. Auf jede Andeutung der Regierung, ihre Einnahmen zu kontrollieren, reagieren die Stromkonzerne mit einer solchen Arroganz, dass sie sogar mit der Abschaltung von Kernkraftwerken gedroht haben!

In der Zwischenzeit hat Podemos mit ihrem "Star"-Vorschlag, eine öffentliche Gesellschaft zu gründen, die mit privaten Unternehmen konkurrieren soll, die Rolle der linken Flanke der Regierung übernommen. Ein reiner Rauchvorhang, der Zeit und viel öffentliches Geld kosten würde und der dazu dient, ihre Anhänger daran zu gewöhnen, das Privateigentum des Großkapitals und dessen heiliges Recht auf Profit zu respektieren. Diese Partei und der baskische oder katalanische Pro-Unabhängigkeits-Reformismus

(Bildu, CUP) haben alle ihre Bemühungen zur Mobilisierung der Massen auf den Aufruf beschränkt, für einige Minuten die Lichter in den Häusern auszuschalten. Sie würden niemals vorschlagen, Unternehmen zu enteignen und sie in den Dienst der Bedürfnisse der Gesellschaft als Ganzes zu stellen. Von ihnen ist nichts zu erwarten. Die Gewerkschaftsverbände hingegen jammern von Zeit zu Zeit in den Medien und flehen die Regierung an, "die Preise zu kontrollieren". Auch das ist nichts Neues.

Schließlich zielt der mit Podemos ausgehandelte "Schockplan" für die Verabschiedung des Haushalts darauf ab, die außerordentlichen Gewinne in Milliardenhöhe, die durch die Grenztarife aufgrund des hohen internationalen Gaspreises erzielt werden, für einige Monate und teilweise zu begrenzen (10 % bleiben unangetastet). Dies ist jedoch eine einfache Rückstellung, denn der von der Regierung genehmigte Plan garantiert den Elektrizitätsunternehmen, dass sie diese unverdienten Gewinne später zurückerhalten werden.

EU-Gelder

Spanien wird einer der Hauptnutznießer des von der EU genehmigten COVID-Notfallfonds ("Next Generation") sein. In zwei Jahren wird das Land einen Zuschuss in Höhe von 6,3 % des jährlichen BIP erhalten. Dies ist ein riesiger Kuchen, der zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen und territorialen Fraktionen der Bourgeoisie aufgeteilt werden muss. Streitereien, Stimmenkauf und -verkauf, Betrug und Skandale sind bereits an der

Tagesordnung. Die Stärksten bekommen den Löwenanteil.

Die zentrale Kontrolle dieser Mittel durch die Regierung verleiht ihr enorme Macht. Aber es wird auch die Bösartigkeit verstärken, mit der sie von der vertriebenen Partei, der PP, und ihrem derzeitigen Beutetier, Vox, gejagt werden wird. Diese Parteien werden verzweifelt versuchen, ihre derzeitige und potenzielle soziale Basis zu mobilisieren. Und sie können bedeutende Teile des ruinierten Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse selbst hinter sich und ihre ultrareaktionären Positionen ziehen. Das Phänomen des Bürgermeisters von Madrid, Díaz Ayuso, von der PP, aber ununterscheidbar von Vox, ist nur ein Test in diese Richtung.

Natürlich wird keiner dieser europäischen Fonds zur Linderung der Probleme und Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der übrigen Arbeitnehmer eingesetzt werden.

Die Arbeiterklasse existiert und muss kämpfen

Nach der Stumpfheit und den Einschränkungen der schlimmsten Monate der Pandemie beginnt die Arbeiterklasse, ihre (fast immer defensiven) Kämpfe wieder in Schwung zu bringen. Neben den immer wiederkehrenden großen Mobilisierungen zur Verteidigung des Rentensystems häufen sich die Streiks im Gesundheitswesen, bei der U-Bahn, bei der Eisenbahn, bei den Waldbrandschüt-

zern [einer Unterabteilung der Feuerwehren] und bei den Metallarbeitern.

Unter ihnen ist der Streik bei Tubacex im Baskenland zu nennen, der 236 Tage dauerte und die Wiedereinstellung der 129 entlassenen Arbeiter*innen erreichte. Dies ist eine sehr wichtige Tatsache in diesen Zeiten und ein weiterer Beweis dafür, dass Kampf, Arbeiterdemokratie und Einheit siegen können.

Die Lohnabhängigen können von der derzeitigen Regierung, die reformistisch ist und keine wirklichen Reformen durchführt, keine wirklichen Lösungen für ihre Probleme und Bedürfnisse erwarten.

Die IKC ist der Ansicht, dass eine gemeinsame Front der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen für die folgenden grundlegenden Forderungen notwendig ist, um den Klassenkampf gegen die Klasse wirksam zu führen:

- Die Verteidigung von Qualitätsarbeitsplätzen gegen die Prekarisierung,
- die Verkürzung der Arbeitszeit - bis zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit,
- die Anpassung der Löhne und Renten angesichts des Kaufkraftverlustes,
- Einfrieren der Mieten auf dem niedrigsten Stand vor den beiden Immobilienblasen,
- Einfrieren der Strompreise auf dem Niveau von mindestens 2019,
- die Verteidigung des Gesundheitswesens, des öffentlichen Rentensystems und der öffentlichen Bildung,
- rechtliche Absicherung für migrantische Arbeiter*innen

17-10-2021



Mach mit beim MSZ (Marxistischer Studienzirkel)!

Wenn Du Lust hast, in lockerer Atmosphäre Kenntnisse über den Marxismus zu erwerben oder zu vertiefen, bist Du beim Marxistischen Studienzirkel (MSZ) richtig.

Der MSZ ist eine Initiative der Gruppe KLASSENKAMPF und soll ein Forum bieten, in dem sich Interessierte gemeinsam theoretisches Wissen aneignen.

Während der Lockdowns des vergangenen Jahres haben wir den MSZ virtuell veranstaltet – in Form von Videokonferenzen und Webinaren. Der persönliche Kontakt ist natürlich besser. Wir haben aber gelernt, das Beste aus dem erzwungenen „distancing“ zu machen. Mit Präsentationen und Multi-Medi-Einspielungen haben wir unter anderem folgende Themen behandelt: Friedrich Engels' „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“; eine mehrteilige Serie „Frauen vor, in und nach der Russischen Revolution“. Aber auch aktuelle Themen wie Inflation oder eine kritische Beschäftigung mit Studien zum Thema Migration.

Wenn Du Interesse an der Teilnahme hast – schick uns einfach ein Mail!

Mail an: marxistischerstudienzirkel@tutanota.com